

NEUE ZEIT



SIEBEN TAGE
WELTPOLITIK

Universitätsbibliothek Greifswald
Zweigstelle
Sektion Marxismus-Leninismus

41

OKTOBER 1977

DER OBERSTE SOWJET DER UdSSR HAT DIE NEUE
VERFASSUNG (GRUNDGESETZ) DER UNION DER
SOZIALISTISCHEN SOWJETREPUBLIKEN VERABSCHIEDET





SOWJETUNION **IM BILD**

Die neue sowjetische Verfassung proklamiert und garantiert zum ersten Mal in der Welt ein lebenswichtiges Recht des Menschen — das Recht auf Wohnraum. Sein realer Charakter wird deutlich, wenn man bedenkt, daß allein in den letzten 10 Jahren die Wohnbedin-

gungen von fast 122 Millionen sowjetischen Menschen verbessert wurden, was mehr ist als die Bevölkerung Großbritanniens und der Bundesrepublik zusammen. Im laufenden Planjahr fünf stellt der Sowjetstaat 100 Md. Rubel für den Wohnungsbau bereit — und dabei sind die Mieten in der UdSSR die niedrigsten der Welt. Sie sind seit 1928 unverändert und betragen nicht mehr als 3% des Durchschnittslohns. Unterdessen ist das Bauen allein in den letzten 10 Jahren durch die Verbesserung der Qualität und den größeren Komfort der Wohnungen um 35% teurer geworden.

Am Vorabend des 60. Jahrestages der Oktoberrevolution beziehen viele Tausende sowjetische Familien eine neue Wohnung. Die Bauleute tun alles in ihren Kräften Stehende. So erfüllt z. B. die Moskauer Bauarbeiterbrigade Anatoli Surowzews jetzt bereits die Auflagen des dritten Jahres des Planjahr fünf.

Unsere Bilder: A. Surowzew (in der Mitte) mit seinen Kollegen ♦ Häuser im neuen Wohnviertel Bibirjowo, wo Surowzews Brigade arbeitet.

Fotos TASS



WORT DES REDAKTEURS

AUF DER WAAGSCHALE DER GESCHICHTE

Alle Sowjetbürger, alle Freunde von Frieden und Fortschritt begrüßen die Annahme der neuen Verfassung der Sowjetunion. Damit tritt ein Dokument in Kraft, das zu Recht als Manifest der Epoche des kommunistischen Aufbaus bezeichnet wird.

Auf der Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR am 4. Oktober erklärte Leonid Breschnew: „Wir nehmen die neue Verfassung kurz vor dem 60. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution an. Das ist nicht nur ein zeitliches Zusammenfallen zweier höchst-wichtiger Ereignisse im Leben des Landes. Der Zusammenhang zwischen ihnen liegt viel tiefer. Die neue Verfassung ist, kann man sagen, eine konzentrierte Bilanz der gesamten 60jährigen Entwicklung des Sowjetstaates. Sie zeugt markant davon, daß die von der Oktoberrevolution verkündeten Ideen, die Gebote Lenins erfolgreich in die Tat umgesetzt werden.“

Im Grunde wurde das ganze Volk zum Schöpfer der Verfassung seines Staates. Fast vier Monate währte die Volkssprache, an der sich über 80 Prozent der erwachsenen Bevölkerung beteiligten. Das wichtigste politische Ergebnis dieser Aussprache ist, daß das Volk ein Dokument gebilligt hat, in dem seine sozialistischen Errungenschaften zum Ausdruck kommen und das ihm die kommunistische Zukunft eröffnet.

Auf eigene Art wurde dieser Tag auch von jenen Kreisen im Westen erwartet, die nun schon 60 Jahre lang einen so sturen und so hoffnungslosen Kampf gegen den Sozialismus führen. Sie wurden von dem weltweiten Echo alarmiert, das der Entwurf der neuen sowjetischen Verfassung ausgelöst hatte. Mehr oder minder drang die Wahrheit über diese Verfassung auch ins Bewußtsein der Menschen im kapitalistischen Westen.

Der Entstehungsprozeß des Grundgesetzes in der Sowjetunion nehme dem Westen die Ruhe, meinte der Bonner **General-Anzeiger**, doch auch nach der Verabschiedung der Verfassung wird die regierende Schicht der „freien Welt“ kaum ihre innere Ruhe wiedergewinnen. Denn dieses historische Dokument wird schließlich nicht im Archiv abgelegt. Seine Anziehungskraft nimmt nicht ab. Sie wird im Gegenteil zu einem ständig wirkenden Faktor im Wettbewerb der beiden Welten werden. Denn auf der einen Waagschale der Geschichte liegen nun die epochalen Leistungen der Werktätigen unter den Bedingungen des Sozialismus.

Die wichtigste dieser Errungenschaften ist die Beseitigung der Macht des Kapitals, der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, die Schaffung einer Gesellschaft der wahren Volksmacht. Damit hat die neue sowjetische Verfassung, die eine der wichtigsten menschlichen Freiheiten, die Freiheit von Ausbeutung und Unterdrückung, verbrieft, den empfindlichsten Nerv der kapitalistischen Gesellschaft getroffen, wo man sich das Attribut „frei“ selbstherrlich und unberechtigt angemaßt hatte.

Die sowjetische Verfassung hat viele Menschen im Westen erneut dazu veranlaßt, ernstlich über die bohrenden Fragen einer kranken Gesellschaft nachzudenken, die sich nicht von solchen Geschwüren frei machen kann wie Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit, moralische Degradierung, Zukunftsangst. Nachzudenken auch über das grundlegende Verhältnis zwischen Herrschern und Beherrschten, über Kontraste zwischen arm und reich, zwischen Macht und Ohnmacht, Diktatur und Rechtlosigkeit. Nachzudenken über die vergleichbaren Werte der beiden Welten.

„Was uns die Sowjetverfassung gibt, hat noch kein Staat in 200 Jahren geben können“, sagte Lenin. Einen deutlichen Beweis dafür liefern die USA, die kürzlich ihr 200. Gründungsjahr begingen. Zwei Jahrhunderte haben dem reichsten Land der kapitalistischen Welt nicht genügt, um seine Bürger von Hunger und Armut (darunter leiden gegenwärtig 25 Millionen Amerikaner), von Arbeitslosigkeit (sie hat nach letzten Angaben 7 bis 10 Millionen Menschen erfaßt), von Analphabetentum (nach offiziellen Angaben sind 23 Millionen Amerikaner über 16 Jahren völlige Analphabeten) frei zu machen; 7 Millionen amerikanische Familien hausen in sanitätswidrigen Räumen. Für 9 von 10 Amerikanern ist ein Krankenhausaufenthalt, laut in den USA veröffentlichten Angaben, kaum erschwinglicher Luxus. 200 Jahre haben nicht genügt, um die Rassendiskriminierung der Neger abzuschaffen, um die Indianer, die Ureinwohner Amerikas, nicht mehr als Parias der Gesellschaft leben zu lassen. Über 50 Jahre der 200jährigen US-Geschichte dauert der Kampf um die verfassungsmäßige Gleichberechtigung der Frau.

Die hohe Anziehungskraft des neuen UdSSR-Grundgesetzes liegt darin, daß es, wie Lenin bereits von der ersten sowjetischen Verfassung sagte, die Ideale des gesamten Weltproletariats widerspiegelt. Es ist eine Charta des im Aufbau befindlichen Kommunismus, der unabwendbar die alte Welt der Ausbeutung ablösen wird. Es sind Grundsätze, nach denen einst die ganze befreite Menschheit leben wird.

Am 3. Oktober trat das Plenum des Zentralkomitees der KPdSU zusammen. Es hörte den Bericht des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, Vorsitzenden der Verfassungskommission Leonid Breschnew „Über den Entwurf der Verfassung (Grundgesetz) der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und die Ergebnisse der Volksaussprache über den Entwurf“. Das Plenum des ZK faßte einen Beschluß, in dem es den Bericht Leonid Breschnews voll und ganz billigte, und billigte im wesentlichen den von der Verfassungskommission vorgelegten Entwurf der Verfassung der UdSSR mit Ergänzungen, Präzisierungen und Abänderungen, die sich aus der Volksaussprache ergaben. Das Plenum wählte den Sekretär des ZK der KPdSU K. Tschernenko und das Mitglied des ZK der KPdSU W. Kusnezow zu Kandidaten des Politbüros des ZK der KPdSU.

Am 4. Oktober wurde im Kreml die 7. Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR der 9. Legislaturperiode eröffnet. Leonid Breschnew hielt den Bericht „Über den Entwurf der Verfassung (Grundgesetz) der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und die Ergebnisse der Volksaussprache über den Entwurf“. (Siehe Beilage.)

Vom 27. bis zum 29. September weilte der MPLA-Vorsitzende und Präsident der VR Angola Agostinho Neto zu einem Freundschaftsbesuch in der Sowjetunion. Am 28. September sprachen Agostinho Neto und andere angolische Politiker mit Leonid Breschnew, Alexej Kossygin und Boris Ponomarew. (Siehe S. 9.)

Vom 27. bis zum 29. September wurde in Moskau ein internationales Treffen von Vertretern der Gesellschaften für Freundschaft mit der UdSSR und der sowjetischen Öffentlichkeit abgehalten, das dem 60. Jahrestag der Oktoberrevolution galt. In einem Grußschreiben wünschte Leonid Breschnew den Teilnehmern große Erfolge in ihrer Tätigkeit für Frieden und Fortschritt.

Leonid Breschnew und Alexej Kossygin richteten an den Generalsekretär der Demokratischen Partei Guineas, Präsi-

dent der Republik Guinea Sékou Touré ein Glückwunschschreiben anläßlich des Nationalfeiertags Guineas.

Das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR und der Ministerrat der UdSSR richteten über das Ständige Komitee der Allchinesischen Versammlung der Volksvertreter sowie den Staatsrat der Volksrepublik China einen Glückwunsch an das chinesische Volk anläßlich des am 1. Oktober begangenen 28. Jahrestages der Proklamierung der VR China. In dem Glückwunschschreiben heißt es: „Die Entwicklung der sowjetisch-chinesischen zwischenstaatlichen Beziehungen auf der Grundlage der Prinzipien der Gleichberechtigung, Achtung der Souveränität und der territorialen Integrität, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, des beiderseitigen Verzehrs auf Gewaltanwendung oder -androhung entspricht den Wünschen der Völker unserer beiden Länder. Die Bereitschaft der sowjetischen Seite, zur Verbesserung der Beziehungen zwischen der UdSSR und der VR China beizutragen, fand ihren Ausdruck in einer ganzen Reihe praktischer Vorschläge, die auch heute nicht an Bedeutung einbüßen.“

Leonid Breschnew richtete an die Teilnehmer der 21. Generalkonferenz der Internationalen Atomenergieorganisation eine Grußbotschaft. In ihr wird unterstrichen, daß heute wie nie zuvor die Aufgabe dränge, „der Verbreitung von Kernwaffen eine zuverlässige Barriere entgegenzusetzen und die Gefahr eines Kernkriegs abzuwenden“.

Vom 28. September bis zum 2. Oktober weilte der Ministerpräsident und Minister für Wirtschaft und Finanzen Frankreichs Raymond Barre in der Sowjetunion. Er nahm als Ko-Vorsitzender an der 12. Tagung der Ständigen sowjetisch-französischen Kommission teil. Am 29. September wurde Barre von Leonid Breschnew empfangen. Am gleichen Tage hatte er eine Begegnung mit Alexej Kossygin. (Siehe S. 12.)

Das ZK der KPdSU gratulierte dem Generalsekretär des ZK der Kommunistischen Partei Sri Lankas Pieter Keuneman zu seinem 60. Geburtstag. Laut Erlaß des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR wurde Keuneman der Orden der Völkerfreundschaft verliehen.

Am 2. Oktober wurde eine sowjetisch-amerikanische Nahosterklärung veröffentlicht.

Am 29. September startete die Sowjetunion ein neues Raumlabor „Salut 6“. Es dient wissenschaftlich-technischen Forschungen und Experimenten sowie der Überprüfung der Bordsysteme und Apparaturen.

Am 4. Oktober begann in Belgrad die KSZE-Nachfolgekonferenz. (Siehe S. 4.)

Am 27. September wurden in Genf die Verhandlungen zwischen den Delegationen der UdSSR und der USA über das Verbot neuer Arten und Systeme von Massenvernichtungswaffen und in diesem Zusammenhang über das Verbot radiologischer Waffen wiederaufgenommen.

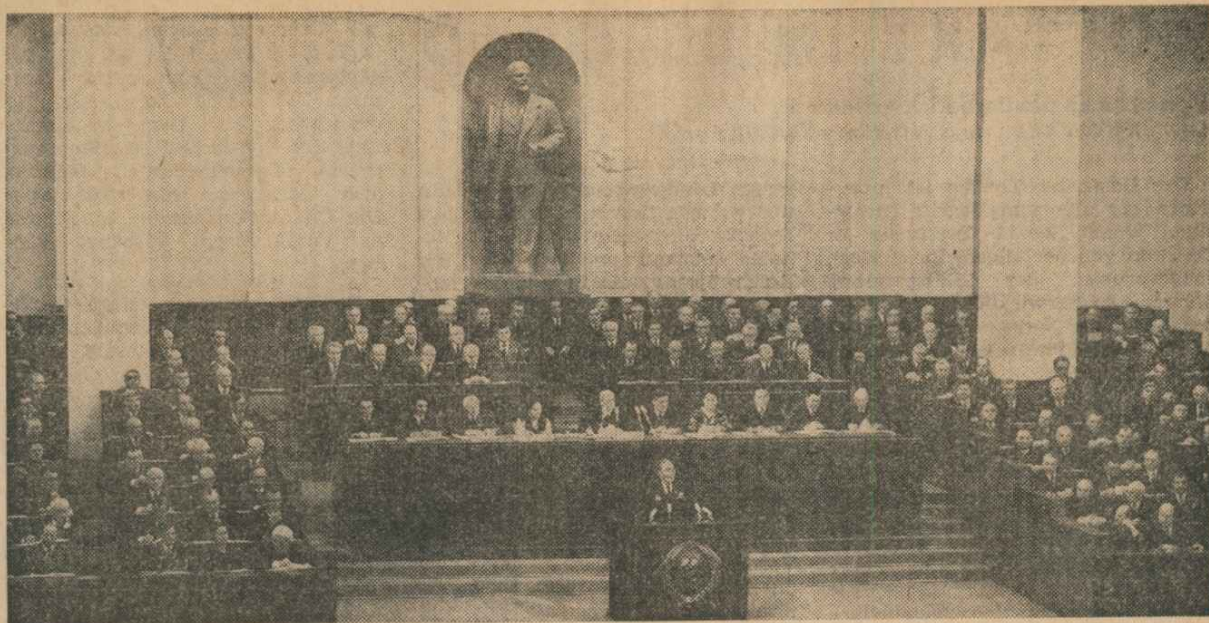
Am 3. Oktober wurden in Genf die Verhandlungen zwischen Delegationen der UdSSR, der USA und Großbritanniens zur Ausarbeitung eines Vertrags über das vollständige und allgemeine Verbot von Kernwaffentests wiederaufgenommen.

Am 1. Oktober schloß in Sofia eine Konferenz der Interparlamentarischen Union, an der sich Vertreter aus 68 Ländern beteiligten.

Am 27. September legte das japanische Außenministerium entschiedenen Protest gegen Kernwaffentests in China ein und verlangte deren sofortige Einstellung. Infolge einer Explosion am 17. September erhöhte sich die Radioaktivität über einigen Gebieten Japans auf das 200fache und in zwei Präpekturen fielen radioaktive Niederschläge.

Der Chef der Militäradministration Pakistans Ziaul Haq verkündete am 1. Oktober den Beschluß, die auf Oktober festgesetzten Parlamentswahlen auf unbestimmte Zeit zu verschieben.

Die spanische Regierung beschloß am 29. September, Katalonien die Autonomie zu gewähren. Die Provinz hatte 1938 ihren autonomen Status verloren.



Moskau, Kreml, am 4. Oktober 1977. Gemeinsame Tagung des Unionssowjets und des Nationalitätensowjets des Obersten Sowjets der UdSSR.
Foto S. Smirnow und A. Steschanow

NEUE ZEIT

WOCHENBLATT FÜR POLITIK

Nr. 41 OKTOBER 1977

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FJODOROW

Redaktionskollegium:

S. Goljakow (Verantw. Sekretär),
A. Ignatow, G. Kaschojan (Stellv. Chefredakteur),
W. Kusnezow, B. Pisttschik (Stellv. Chefredakteur),
I. Trofimowa, V. Tschernjawski (Stellv. Chefredakteur für die fremdsprachigen Ausgaben),
D. Wolski.

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. Krestjaninow

Verlag der Zeitung „Trud“
Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, polnischer, tschechischer und arabischer Sprache.

UNSERE ANSCHRIFT: Moskau K-6,
103782, GSP, Puschkinskaja Ploščad

Printed in the Union of Soviet
Socialist Republics

IN DIESEM HEFT:

Auf der Waagschale der Geschichte	1
L. Besymenski, W. Gawilewski — Auftakt in Belgrad	4
L. Stepanow — Gesang vom neuen Leben	5
W. Jermakow — Italien: Die Gesichter der Krise	6
E. Rjabzew — Angola: Erstarkende Einheit	9
W. Ossenenew — Im alten Trott (Brief an die Redaktion)	11
W. Larin — Breite Zusammenarbeit	12
R. Barre — Zum beiderseitigen Nutzen (Interview)	12
J. Gudkow — Einer von vielen	14
PS	16

BEILAGE:

Über den Entwurf der Verfassung [Grundgesetz] der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und die Ergebnisse der Volksaussprache über den Entwurf. Bericht des Genossen Leonid Breshnew auf der Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR am 4. Oktober 1977

Verfassung [Grundgesetz] der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken

Titelbild: Moskau, Kremlpalast. Hier tagt der Oberste Sowjet der UdSSR

Foto TASS

AUFTAKT IN BELGRAD

Von unseren Sonderberichterstattern

Lew BESYMENSKI und Wladimir GAWILEWSKI

Das Belgrader Treffen ist inzwischen für alle zum Begriff geworden. Wenn Leonid Breschnew in Helsinki von der allgemeinen Konkretisierung der Entspannung sprach, so verwirklicht sich hier, am Ufer der Sava, nun konkret ein wichtiger Punkt aus der Schlußakte.

Es ist von Symbolwert, daß die Nachfolgekonferenz beim „Staro Sajmiste“ (Alter Markt) abgehalten wird, einer Gegend, die den Belgradern einmal Furcht und Grauen einflößte. In den Jahren der faschistischen Okkupation war hier ein Konzentrationslager. Das gehört glücklicherweise der Vergangenheit an. Heute erheben sich Neubauviertel und der neue Kongreßpalast „Sava“.

Mehr als 32 Jahre schon ist Europa ohne Krieg, und die von den Repräsentanten der 35 Staaten in Helsinki unterzeichnete Schlußakte setzte eine historische Wegmarke im Kampf für die Festigung des Friedens. Alles muß unternommen werden, damit das schreckliche Wetterleuchten der vergangenen Kriege nicht wieder zu einem Gewitter über unserem Kontinent wird. Wenn dazu in Belgrad ein echter Beitrag geleistet wird, dann rechtfertigt die Begegnung die in sie gesetzten Hoffnungen.

Die Befugnisse dieser Konferenz wurden in Helsinki sehr genau abgesteckt: In Belgrad treffen sich nicht Staatschefs (wie 1975), nicht Außenminister (wie 1973), sondern Vertreter der Teilnehmerländer von Helsinki. Ihr Auftrag lautet, einen vertieften Meinungsaustausch sowohl über die Erfüllung der Bestimmungen der Schlußakte und der von der Konferenz gestellten Aufgaben zu führen, als auch über die angegliederten Fragen einer Verbesserung der gegenseitigen Beziehungen, der Festigung der Sicherheit und des Ausbaus der Zusammenarbeit in Europa sowie über die zukünftige Entwicklung des Entspannungsprozesses. Das alles verleiht dem Belgrader Treffen einen profilierten Charakter. Die Delegierten werden nicht nur Bilanz zu ziehen, sondern auch eindeutige Empfehlungen auszusprechen haben.

Die Diplomaten aus 33 europä-

ischen Ländern sowie aus den USA und Kanada finden in Belgrad gute Arbeitsbedingungen vor. In 11 Monaten entstand am Sava-Ufer der Kongreßpalast, ein imposantes, modernes Gebäude, in dem Platz für alle Formen diplomatischer Tätigkeit ist: für Plenartagungen, für Arbeitsorgane, für inoffizielle Gespräche und Arbeitsberatungen.

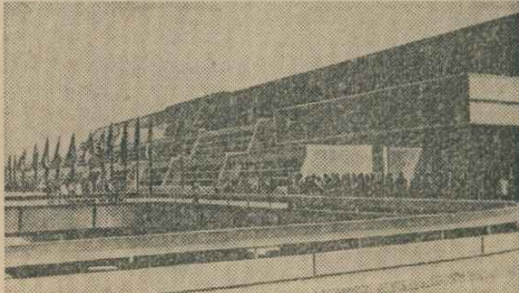
Die Begegnungen zur europäischen Sicherheit haben sich, beginnend mit der Vorbereitungskonferenz in Helsinki Vorort Dipoli, immer durch ein präzises organisatorisches Schema ausgezeichnet. Ein gleiches Schema haben die Diplomaten auch für Belgrad erarbeitet. Es wird im sogenannten Gelbbuch dargelegt, das die Konferenzordnung enthält. Hauptorgan sind die Plenartagungen. Sie werden in der ersten Woche, wenn die Vertreter aller Teilnehmerländer ihre Eröffnungserklärungen abgeben, der Öffentlichkeit zugänglich sein. Danach beginnen die geschlossenen Plenartagungen.

Geplant ist die Bildung einiger Arbeitsorgane, die unter Anleitung des Plenums tätig sein werden. Es handelt sich um folgende: zu Fragen der europäischen Sicherheit (Kennzeichen der Buchstabe S), zur Zusammenarbeit in Wirtschaft, Wissenschaft und Technik und Umwelt (E), zu Fragen der Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittelmeerraum (M), zur Zusammenarbeit im humanitären und in anderen Bereichen (H), zu weiteren Schritten nach der Konferenz (F). Diese Organe können nach drei Wochen ihre Arbeit aufnehmen, während die Plenartagungen fortgesetzt werden. Nicht später als in der achten Woche erhält das Plenum Berichte von den Arbeitsorganen. Weiter enthält das Gelbbuch genaue Hinweise für den zeitlichen Ablauf der Begegnungen, die Annahme eines Schlußdokuments und alle Verfahrensweisen.

Während der Begegnungen in Di-

poli, Genf und Helsinki konnten die Diplomaten der 35 Länder gute organisatorische Erfahrungen sammeln. Deshalb hat sich in der Tagesordnung der Belgrader Konferenz das Niveau der gesamteuropäischen Zusammenarbeit indirekt, aber bedeutsam niedergeschlagen. Die Diplomaten werden in Belgrad auf Vorhandenem aufbauen können.

Das ruft natürlich einige westliche Politiker und Propagandamacher auf den Plan. Unsere Leser kennen die üble Kampagne, die von



Kongreßpalast „Sava“ in Belgrad

Foto TASS

den Gegnern der gesamteuropäischen Zusammenarbeit angezettelt wurde, um Belgrad und Helsinki einander entgegenzustellen. Sie kennen auch die Versuche, die Schlußakte auf eigene Art zu „interpretieren“ oder zu „bereichern“. Das Echo dieser Kampagne klingt in Belgrad nach. Der europäische Himmel ist keineswegs wolkenlos. Aber es zeichnet sich doch eine ausreichend starke Tendenz ab, das Belgrader Treffen konstruktiv und resultativ werden zu lassen.

Die Konferenz wurde vom jugoslawischen Delegationschef Milorad Pešić eröffnet. Die Teilnehmer wurden vom Stellvertretenden Vorsitzenden des Exekutivkomitees der Föderation, dem Sekretär für auswärtige Angelegenheiten der SFRJ, Miloš Minić, begrüßt. Danach wurde eine Grußbotschaft des UNO-Generalsekretärs Waldheim verlesen.

Bei unseren Gesprächen mit Vertretern der sozialistischen Länder in den ersten Konferenztagen spürten wir den festen Willen, den Ablauf des Treffens und die Entspannung zu fördern. Dieser Wille spiegelt die wesentlichste Tendenz in der internationalen Entwicklung von heute wieder.

Belgrad, am 4. Oktober

Die Deutsche Demokratische
Republik begeht am 7. Oktober
ihren 28. Jahrestag

GESANG VOM NEUEN LEBEN

Leonid STEPANOW

Bei Stalingrad erzählte mir ein Kamerad, er habe in der Schlacht die Stimme des deutschen Dichters Erich Weinert gehört. Der furchtlose Kommunist, der seinen Kampf gegen die Faschisten aufgenommen hatte, lange bevor wir die Uniformen anziehen mußten, der in Spanien kämpfte, in einem französischen KZ saß und dann aus dem verpesteten Europa zu uns in die Sowjetunion kam, Erich Weinert wandte sich nun an die deutschen Soldaten, sie sollten endlich erkennen und die Waffen niederlegen.

Wir waren als Internationalisten aufgewachsen, hatten das Deutschland Thälmanns verehrt und an dieses Deutschland geglaubt. Manche Verse Weinerts kannte ich auswendig. Besonders gefiel mir „Der rote Wedding“:

Wir rücken an und wir misten
aus!

Und bauen uns ein festeres

Haus:

Die Deutsche Sowjetunion!

Damals aber, in jenen schrecklichen Wintertagen 1942, schien das ein unerreichbarer Traum. Thälmann war eingesperrt, viele Kommunisten siechten in den Konzentrationslagern dahin. Die Faschisten standen an der Wolga, im Kaukasus, vor Leningrad.

Ich sah Weinert erst nach dem Krieg, in Magdeburg. Dort schien er zusammen mit den Arbeitern aus dem Thälmann-Werk dahinzuschreiten — einer von ihnen, breitschultrig, gekleidet wie sie. Mir war sofort klar, was der Schöpfer dieses Werkes gewollt hatte, als er den bronzenen Weinert auf einen niedrigen Sockel stellte. Er sollte immer unter denen sein, die er geliebt hatte, mit denen er gemeinsam kämpfte und siegte.

Der Magdeburger Betrieb Krupp-Gruson galt in der Nazizeit als eine der wichtigsten Waffenschmieden. Krupp lieferte seine Mordwaffen serienmäßig zur Ausrottung ganzer Völker. Aber andere Waffen zerstörten schließlich seine Werke.

Mit Hilfe unserer Fachleute gingen die Magdeburger Arbeiter be-

reits 1951 an den Wiederaufbau des Betriebs und gaben ihm den Namen Ernst Thälmanns.

Ich war zu jener Zeit Berichterstatter in der DDR und konnte beobachten, wie rasch die Republik ihren industriellen Aufbau schaffte. Das schien erstaunlich. Das östliche Deutschland hatte sehr viel



Horst Pfeiffer, Sekretär der DSF-Grundorganisation im
Magdeburger Schwermaschinenbau-Werk „Ernst
Thälmann“.

mehr als das westliche unter dem Krieg gelitten. Die heftigsten Kämpfe verliefen östlich der Elbe. Außerdem gab es wenig Bodenschätze, die für eine rasche industrielle Entwicklung gebraucht werden. Der Osten Deutschlands galt als wirtschaftlich rückständig. Im Vorkriegsdeutschland war es niemandem eingefallen, das Industrienniveau der östlichen und westlichen Gebiete anzugleichen.

Die DDR stellte sich diese Aufgabe. Unsere Freunde mußten sie nicht allein lösen, sie hatten die Unterstützung der Sowjetunion. Die UdSSR gewährte der DDR zunächst unentgeltliche Hilfe mit Technik, Rohstoffen und Fachleuten. Niemand hat genau errechnet, was unsere Hilfe in Mark oder Rubeln ausmachte, denn hier handelte es sich nicht um ein Geschäft, sondern um eine Solidaritätsaktion.

Allmählich wandelte sich auch die Einstellung der Menschen zur

Arbeit. Der deutsche Arbeiter galt schon immer als guter Arbeiter. Aber das bezog sich nur auf seinen Fleiß, doch er allein reichte nicht mehr. Der gute Arbeiter mußte nun nicht nur sein Handwerk verstehen, er mußte auch dafür sorgen, daß alle seine Kollegen genauso gut arbeiteten, mußte die Produktion kennen und neue Reserven aufspüren. Einzelne lösten in der DDR schließlich eine ganze Bewegung aus, die sich die Aktivisten und Stachanowarbeiter aus den 30er Jahren der Sowjetunion zum Vorbild nahm. Die Erfahrungen des ersten Landes des Sozialismus wurden in die neue Arbeitsorganisation übernommen.

Ich erinnere mich an den Aufruf des deutschen Kumpels Adolf Hennecke, die Arbeitsproduktivität zu heben. Er fand Tausende Nachahmer. Doch es gab damals auch Leute, die den Sinn dieser Initiative nicht begreifen konnten:

„Wozu aus allen Kräften schuften? Für sich selbst, das wäre etwas anderes. Das wäre vernünftig, aber für alle, das ist dumm und bringt nichts ein.“

Der Sinn zeigte sich in den folgenden Jahren. Das vom Krieg zerstörte Land, die Republik, aus der Kleingläubige in den Westen abwanderten, stieg unter die ersten 10 hochentwickelten Industrieländer der Welt auf.

Eine große Rolle dabei spielte nicht nur die brüderliche internationalistische Hilfe der UdSSR, sondern auch die Wirtschaftszusammenarbeit mit den anderen Ländern der sozialistischen Gemeinschaft, der die DDR beitrug.

Die Realisierung des Komplexprogramms der sozialistischen Wirtschaftsintegration, die Koordinierung der Fünfjahrpläne sowie der langfristigen Pläne, die gemeinsame Lösung großer Wirtschaftsprobleme eröffneten weitreichende Möglich-

keiten. Nach der Annahme des Komplexprogramms 1971 erneuerte die DDR mehr als die Hälfte ihrer Industrieanlagen und konzentrierte ihre Produktion auf hochrentable Großbetriebe: Die Landwirtschaft konnte den Bedarf der Bevölkerung an den wichtigsten Nahrungsmitteln vollständig decken. Auch die Perspektiven sind gut. 1970 wurden im Laufe eines Arbeitstages in der DDR Erzeugnisse für 680 Millionen Mark hergestellt, 1980 soll laut Plan für 1 Milliarde 200 Millionen Mark produziert werden.

Die Integration brachte die Aufnahme enger Kontakte zwischen den Produktionsbetrieben der sozialistischen Länder sowie Instituten mit sich und ermöglichte eine breite schöpferische Forschungsarbeit.

Das Magdeburger Schwermaschinenbau „Ernst Thälmann“ exportiert heute in 22 Länder. Einen großen Exportanteil hat die Sowjetunion. Das Werk arbeitet mit dem Werk „Leninscher Komsomol“ in Donezk (Ukraine) zusammen. Beide Betriebe tauschen regelmäßig Wissenschaftler und Techniker aus. Die 10 000 Werktätigen des Thälmann-Werks sind Mitglieder der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft.

Der Sekretär der DSF Horst Pfeiffer erzählte mir von seinen Kollegen und hob hervor:

„Die Aufträge aus der Sowjetunion waren für uns immer sehr wichtig. Mit besonderem Elan führen wir diese Arbeiten im Jahr der 60. Wiederkehr der Oktoberrevolution aus. Dieses Jubiläum und der 28. Jahrestag unserer Republik sind eng miteinander verbunden. Ohne den Sieg der Oktoberrevolution, ohne den Sieg der Sowjetarmee über den Hitlerfaschismus gäbe es keine DDR. Ohne Ihre ständige brüderliche Hilfe hätte unsere Republik nicht solche Erfolge beim Aufbau der entwickelten sozialistischen Gesellschaft erreichen können.“

Vor kurzer Zeit wurde in Wolgograd ein Freundschaftstreffen der Jugend anlässlich des 60. Jahrestages der Oktoberrevolution abgehalten, an dem Komsomolzen und Mitglieder der Freien Deutschen Jugend teilnahmen. Die Jungen und Mädchen aus Berlin, Leipzig, Halle und Magdeburg schritten singend in ihren Blauhemden zusammen mit ihren sozialistischen Freunden durch die herrliche Stadt an der Wolga.

Dort erklang auch „Der rote Wedding“ Erich Weinerts. Nun schon als ein Gesang vom neuen Leben, von einem wahrgewordenen Traum.

ITALIEN

DIE GESICHTER DER KRISE

Wladimir JERMAKOW

„Komplizierte Wirtschaftslage in Italien“, „Das Land macht eine äußerst heftige Krise durch“, „Der Herbst verspricht keinerlei Aufhellung“. Das sind Zeitungstitel oder Sätze aus Reden prominenter Politiker. Was ich allerdings in diesem Herbst auf der Apenninenhalbinsel sah, schien den Pessimismus der Wirtschaftsfachleute und der Politiker zu widerlegen. Äußerlich hat sich in diesem Land, wo ich einmal mehr als 10 Jahre gearbeitet habe, absolut nichts geändert. Obwohl die Benzinpreise unwahrscheinliche Marken erreicht haben, sind die Straßen nach wie vor von Wagen verstopft. Luxushotels und Kurorte sind überfüllt. Nur schwer läßt sich ein Platz in Restaurants oder Bars finden, und das obwohl ein winziges Schälchen Kaffee heute sechsmal teurer ist als vor einigen Jahren. Die Auslagen der Boutiquen wie der Kramläden verkünden Überfluß. Die Preise jedoch werden heute nicht mehr nach 10 000, sondern nach 100 000 und Millionen Lire berechnet. Die Italiener sind wirklich ein erstaunliches Volk. Sie bringen es geschickt fertig, ihr Leben so einzurichten, als sei überhaupt nichts Besonderes geschehen.

„Ich würde dir raten, deinen Augen besser nicht zu trauen“, sagt mir Senator Carlo Cavalli, mit dem wir auf einer Hotelterrasse in Venedig sitzen, Blick auf den Canale Grande. Dort schaukeln sich an den Stegen befestigte Gondeln. Auf anderen lassen sich Touristenmassen herumstaken und kehren Einwohner Venedigs von der Arbeit heim. Vom Markusplatz klingt Musik herüber. So erscheint das Leben sorglos und lustig, wie ein nicht enden wollender Karneval.

„Das alles gehört zum italienischen Lebensgefühl“, fährt der Senator fort. „Aber der Karneval bei uns ist nicht für Leute, die von ihrer Hände Arbeit leben. In diesem ganzen Theater sind wir nur Statisten. Die Krise hat nur etwa 10 Millionen von unseren 56 Millionen Einwohnern nicht betroffen. Diese 10 Millionen können sich bislang noch

manches leisten. Außerdem ist da noch etwas, was du wissen solltest: Sehr viele italienische Familien haben das Sparen aufgegeben. Nicht etwa, weil sie glauben, daß schon alles gut gehen wird. Sie sind sich nur nicht mehr sicher, daß die Lira stabil bleibt, und das heißt natürlich auch ihre Sparlira. Sie geben alles, was sie verdienen, aus.“

Ich kann nicht beurteilen, inwieweit Carlo Cavalli recht hat. Doch er ist Genueser, und in Genua, wo er häufig mit seinen Wählern — Schauerleuten, Maschinenbauern, Landarbeitern — zusammentrifft, konnte man schon immer gut rechnen. Auf jeden Fall ist es völlig klar, daß die jetzige Situation des Landes keineswegs leicht ist. Die bunten Flecken kleben auf einem ziemlich abgetragenen Mantel. Hinter der Wohlstandsfassade gehen Prozesse vor sich, aus denen sich ableiten läßt, daß Italien in der Tat eine sehr heftige Krise durchmacht, die alle Seiten des Lebens der Gesellschaft erfaßt.

In erster Linie ist es eine Machtkrise. Die 30jährige uneingeschränkte Herrschaft der Democrazia Cristiana, die an allen Schalthebeln saß und in Treu und Glauben dem italienischen und dem multinationalen Großkapital diente, hat das Land in eine Sackgasse geführt. Obwohl sie bei fast allen Parlaments- und Gemeindewahlen Stimmeneinbußen hinnehmen mußte, war die Partei bemüht, um alles in der Welt ihre Herrschaft in vollem Umfang beizubehalten. Ihre Leute kontrollierten die staatlichen Banken, saßen im Vorstand der verstaatlichten Gesellschaften, leiteten die meisten Institutionen wie Sparkassen, Reisebüros, große Krankenhäuser, Straßenbahn- und Busdepots, Versicherungsgesellschaften usw. Sie hatten das gesamte System der Sozialfürsorge in der Hand. Sie entschieden über Kredite, Beihilfen und Renten. Von ihnen hing es ab, ob jemand einen Arbeitsplatz erhält oder ob er gefeuert wird. Das war eine reale Macht, die eine weitgehende Beeinflussung der Wähler ermöglichte. Diese Macht stützte sich auf die sichere politische

Position der Christdemokraten, und sie wieder stützte sich auf das verzweigte System der wirtschaftlichen und finanziellen Druckmittel. Nichts schien dieses System antasten zu können, in dem sich die Interessen der Monopole mit denen der DC so eng verflochten hatten.

Die Ergebnisse der Parlamentswahlen 1976 zeigten, daß das süße Leben für die DC vorbei war. Das Land mit weniger als 40 Prozent der Wählerstimmen zu regieren, war völlig unmöglich. Das verstanden die nüchtern denkenden DC-Führer sehr gut, die deshalb beschlossen, ein Abkommen, einen Kompromiß mit der Arbeiterbewegung und ihrer größten Partei, der KP, zu suchen.

In den DC-Spitzen begann eine heftige Auseinandersetzung zwischen dem konservativen und dem progressiven Flügel. Die Versuche einiger konservativer Parteiführer, so zu tun, als sei nichts geschehen und Italien brauche keine Veränderungen, führten nur dazu, daß die DC kurz vor die Spaltung geriet. Und das alles, während ein ungeheurer wirtschaftlicher Abschwung stattfand, der sowohl durch die allgemeine Weltkonjunktur, aber auch durch die Spezifik der italienischen Industrie ausgelöst wurde, die nicht über eigene Rohstoffe verfügt und vom Preisgefüge auf den Weltmärkten abhängt. Besonders hart traf Italien die starke Heraufsetzung der Erdölpreise. Auslandsanleihen stopften zwar die größten Löcher, erhöhten aber die Abhängigkeit Italiens von seinen NATO- und EG-Partnern. Das wirtschaftliche Gleichgewicht wiederherzustellen, gelang dadurch natürlich nicht.

Das führte zu einem allmählichen Produktionsabbau. Fast täglich melden die Zeitungen Massenentlassungen oder neue Schwierigkeiten bei der Berufswahl der Jugendlichen. Besonders schlimm steht es um Zehntausende Universitätsabsolventen. Sie finden in Italien gegenwärtig keine Arbeit, und auch die Zukunft ist düster. Ich sah Hunderte junge Mädchen und Jungen in den Arbeitsämtern, verzweifelte Arbeitslose an den Kais von Neapel, Gruppen von Jugendlichen, die tagelang vor den Römer Bars und Cafés herumlungern, weil sie nichts mit sich anzufangen wissen. Soziologen vertreten die Ansicht, die kolossale Zunahme der Kriminalität in Italien erkläre sich vor allem aus der Massenarbeitslosigkeit unter der Jugend. Das dürfte stimmen. Der Bursche, der vor meinen Augen auf einer

Hauptstraße Neapels einer Frau die Handtasche entreißen und auf einem Motorrad entkommen wollte, war, wie ich später aus den Zeitungen erfuhr, 18 Jahre alt. Auch er hatte nirgends Arbeit gefunden.

Die Verzweiflung der vielen Jugendlichen wollen sich rechte und linke Extremisten ausnutzen, die fast immer gleichgeschaltet handeln, als seien sie von einem Punkt aus gelenkt.

Ich glaube natürlich nicht, daß ein Faschist aus der Avanguardia

Mann und einer stabilen Macht.

Die Gerichtsverfahren gegen Rechts- und Linksextremisten, die gegenwärtig in verschiedenen italienischen Städten stattfinden, vermitteln den Italienern manchmal überwältigende Erkenntnisse: Da stellt sich heraus, daß an den Aktionen der Ultralinken, ganz besonders aber der faschistischen Extremisten, unmittelbar die italienische Abwehr beteiligt war, die sie finanzierte und lenkte. Selbst die Explosion in der Agrarbank auf dem Fontana-Platz



Nazionale sich aus gleichen Gründen an Provokationen beteiligt, wie ein „Revolutionär“ der linken, insbesondere Studentenorganisationen. Ihre Ideale gleichen sich nicht. Objektiv aber schaffen die einen wie die anderen, obwohl sie von entgegengesetzten Positionen aus die jetzige Ordnung bekämpfen, die Voraussetzungen für eine autoritäre, reaktionäre Lösung der Probleme des Landes. Die Faschisten sind sich dessen bewußt. Ihre wichtigsten Parolen lauten: Rückkehr zur Vergangenheit, totalitärer Staat unter einem neuen Duce, Ausrottung der Linkskräfte und der Arbeiterbewegung. Die Ultralinken fördern mit ihren verantwortungslosen, häufig eindeutig provokatorischen Aktionen — Entführungen, Überfälle auf Journalisten, Richter, Industrielle, blutige Zusammenstöße mit der Polizei, Angriffe auf Arbeiterkundgebungen, antikommunistische Ausfälle — eine Situation der ständigen Unruhe und Furcht in Italien. Daher der Wunsch des Bürgers, des Spießbürgers, nach einem starken

Werkfältige Roms demonstrieren für die Verbesserung ihrer Wirtschaftslage

Foto aus „Stern“ (BRD)

in Mailand (1969), die den Beginn der „Spannungsstrategie“ auslöste, halten Untersuchungsrichter für eine Aktion, die nicht ohne Beteiligung italienischer Geheimdienste vorbereitet wurde. Sie wieder kontaktieren eng mit der CIA und den entsprechenden NATO-Stellen. Die letzten Ereignisse in Rom, Bologna und Mailand, wo die Extremisten, die sich selbst als „Revolutionäre“ bezeichnen, bewaffnete Überfälle auf Gewerkschaftskundgebungen und auf Besucher des Unità-Pressfestes organisierten, haben eindeutig gezeigt, daß in Italien praktisch eine Verschmelzung des Extremismus von Rechts und Links vor sich geht. „Wir besitzen Hinweise auf ein Zentrum im Ausland, das auf der Basis der Spannungsstrategie alle Aktionen der Ultras steuert. Nicht zufällig taucht vor jeder neuen Pro-

vokation in Italien unbemerkt Stefano delle Chiaie auf, der als Mittelemann zur neofaschistischen Schwarzen Internationale gilt", erzählte man mir in Modena.

Delle Chiaie erschien in Rom auch vor der skandalösen Flucht des SS-Kriegsverbrechers Kappler aus dem Militärhospital Celio, der dort eine lebenslängliche Haftstrafe abbüßte. Viele Italiener glauben, diese Flucht sei von neofaschistischen Gruppen nicht ohne Mithilfe des Bundesnachrichtendienstes eingefädelt worden. Laut der Zeitschrift **Europeo** wurde Kappler mit einem Militärflugzeug in die Bundesrepublik ausgeflogen, das vom Flugplatz Decimamano (Sardinien) aufstieg, wo sich ein NATO-Stützpunkt befindet.

Die Flucht des Kriegsverbrechers brachte die italienische Öffentlichkeit in Wallung. So standen auch auf der kürzlich eröffneten Parlamentstagung die Frage der Flucht Kapplers und die Frage nach dem Hauptverantwortlichen als erste auf der Tagesordnung. In diesem Zusammenhang verlangten verschiedene Parteien, darunter Kommunisten und Sozialisten, den Rücktritt des Verteidigungsministers Lattancio, der schließlich auch einen anderen Posten erhielt.

In Rom heißt es, die politische Lage habe sich erneut zugespitzt und die Diskussion um das Programmabkommen sei noch akuter geworden.

Dieses Programmabkommen zwischen sechs Parteien, einschließlich DC und KP, ist gegenwärtig konzentrierten Angriffen ausgesetzt. In Italien gibt es genügend einflußreiche Kräfte (auch in der DC selbst), die immer noch nichts gelernt und nichts begriffen haben. Der große Erfolg der Kommunisten bei den Parlamentswahlen 1976 — mehr als 12 Millionen Wähler hatten der IKP ihre Stimme gegeben — wurde von diesen Kräften richtig als Schwächung ihrer Position, als ernst zu nehmende Veränderung im politischen Kräfteverhältnis gewertet. Obwohl sie das erkannten, versuchen sie doch mit allen Mitteln, jene reale Macht nicht aus den Händen zu lassen, von der ich eingangs schrieb. Sie nahmen das Programmabkommen in der Hoffnung an, mit seiner Hilfe den Status quo aufrechtzuerhalten und weder in der Wirtschaft noch in der Politik grundsätzliche Veränderungen zuzulassen.

„Das Abkommen ist zweifellos ein

Beweis für wichtige Wandlungen in Italien. Zum erstenmal seit den 30jährigen Bemühungen, unsere Partei in der Quarantäne zu halten, sie zu isolieren, ihre Bündnisse zu sprengen, mußte die DC eine Über-einkunft mit uns eingehen“, sagt der Abgeordnete Paolo Broccoli. Vor einem Jahr wurde er zum erstenmal von Arbeitern und Bauern eines Wahlkreises in der Campagna (Süditalien) ins Parlament gewählt. „Natürlich wissen wir, wie begrenzt dieses Abkommen ist. Aber allein sein Zustandekommen ist ein Sieg des Neuen, der neuen Stimmungen und vor allem ein Beweis für den zunehmenden Einfluß der Kommunisten. Das Land ohne uns und gegen uns zu regieren, ist heute unmöglich.“

Allerdings fanden sich in Italien auch Leute, die „links“ von den Kommunisten stehen und die IKP angreifen, weil sie mit der Unterzeichnung des Abkommens ebenfalls den Status quo anerkannt und sich vom Kampf um tiefgreifende innenpolitische Umgestaltungen losgesagt habe. In den Zeitungen, im Parlament und auf Versammlungen gibt es jetzt eine heiße Polemik zwischen den Befürwortern und den Gegnern dieses wichtigen politischen Dokuments. Die Tatsache, daß die IKP, wie man in Italien sagt, „in den Regierungsbereich“ gelangt ist, obwohl ihre Vertreter dem Kabinett nicht angehören, hat die Situation im Lande wesentlich verändert und für die demokratischen Kräfte, für die Arbeiterbewegung zusätzliche Möglichkeiten geschaffen, die Lösung aktueller Probleme und in erster Linie des Wirtschaftsproblems durchzusetzen.

Meine italienischen Freunde beteuerten mehrmals, die Kommunisten machten sich keineswegs Illusionen, daß dieses Abkommen automatisch zu einer Überwindung der schärfsten Gegensätze und zur Lösung akuter Probleme führen könnte. Die Kommunisten sind sich klar darüber, daß sich nur durch einen hartnäckigen Kampf etwas erreichen läßt. Niemand will die Waffen strecken und auf Aktionen zur Interessenverteidigung der Arbeiterklasse und aller Werktätigen verzichten. Diese Aktionen gehen auf allen Ebenen weiter: in Betrieben, an Universitäten, in Verwaltungseinrichtungen, im Parlament und in seinen Ausschüssen, in den Gemeinde- und Provinzräten, in den Gebietsparlamenten. Die IKP beteiligt sich nicht nur an der Aufstel-

lung der Entwicklungspläne des Landes, sie trägt auch die Verantwortung für ihre Realisierung. Im bürgerlichen Italien ist das für Kommunisten ziemlich schwierig. Aber Schwierigkeiten fürchten sie nicht. Sie sind der Meinung, mit ihnen fertig werden zu können, obwohl die antikommunistischen Kräfte weiter am Werk sind. Im Lande herrscht ein ununterbrochener, manchmal offener, meist aber verborgener Kampf zwischen denen, die für die Zukunft Italiens, für Umgestaltungen eintreten, und denen, die sich an die Vergangenheit klammern und zur Bewahrung ihrer Macht bereit sind, sich auf die riskantesten Abenteuer einzulassen. Die Gefahr eines Staatsstreichs von rechts ist keineswegs gebannt. Deshalb verfolgen die Kommunisten so wachsam alles Hin und Her der gegenwärtigen Situation.

Ich fand Italien so wieder, wie ich es vor einigen Jahren verlassen hatte. Was aber kann sich schon äußerlich im herrlichen Florenz oder in der Ewigen Stadt ändern? Eine Änderung sind vielleicht die nach 22 Uhr leeren Straßen in Rom, dessen Bewohner Terroristen und Kriminelle fürchten. Doch ernstliche Veränderungen machen sich im gewohnten Lebensablauf breit, zerstören eingebürgerte Traditionen, wandeln das politische Antlitz des Landes. IKP-Generalsekretär Enrico Berlinguer trifft mit Ministerpräsident Giulio Andreotti zur Erörterung von staatlichen Angelegenheiten zusammen, und schon das ist ein eindeutiger Beweis für die Veränderungen im hiesigen Klima. Jetzt stellt die KP die Frage einer notwendigen unmittelbaren Regierungsbeteiligung. Aber sie drängt nicht. Vieles muß noch reifen. Der Widerstand vieler Kräfte muß noch gebrochen werden, darunter auch von Kräften im Ausland. Die Frage jedoch steht im Raum, und früher oder später muß eine Antwort darauf erfolgen.

Bürgerliche Zeitungen berichteten, Andreotti habe während seines kürzlichen Gesprächs mit US-Präsident Carter diesem versichert, die Kommunisten würden niemals an eine Regierungsbeteiligung herangelasen werden. Warten wir ab. Schließlich wollte man noch vor einem Jahr die Kommunisten auch an die Aufstellung des Regierungsprogramms nicht heranlassen.

Rom—Venedig—Florenz—Moskau

Ende September stattete Agostinho Neto, Vorsitzender der Volksbewegung für die Befreiung Angolas (MPLA) und Präsident der VR Angola, der Sowjetunion einen Freundschaftsbesuch ab. In Weiterentwicklung des Vertrags über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern sowie des Abkommens über die Zusammenarbeit zwischen der KPdSU und der MPLA wurde bei den Verhandlungen in Moskau vereinbart, Partei- und Regierungsdelegationen auszutauschen, eine sowjetisch-angolanische Regierungskommission für wirtschaftliche, wissenschaftlich-technische Kooperation und für den Handel zu bilden und regelmäßige Konsultationen über internationale Fragen durchzuführen.

Bei einem Empfang für die angolanische Delegation betonte Leonid Breschnew, daß die Sowjetbürger Angola aufrichtig als unabhängigen, starken und blühenden Staat sehen wollen und seinem Volk neue Siege bei der Festigung der Unabhängigkeit, beim Aufbau des freien Lebens wünschen.

„In wenigen Tagen“, sagte Leonid Breschnew, „begehen wir den ersten Jahrestag des Vertrags über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und der VR Angola. Er hat die politischen und rechtlichen Grundlagen der Beziehungen zwischen unseren Ländern beträchtlich gestärkt und erweitert. Die Verpflichtungen, die die UdSSR laut Vertrag und den zwischen unseren Regierungen unterzeichneten Abkommen eingegangen sind, erfüllen wir und werden es auch weiterhin unbeirrbar tun.“

Der nachstehende Artikel berichtet über den Weg Volksangolas.

ERSTARKENDE EINHEIT

Eduard RJABZEW

Zum erstenmal war ich in Luanda im Februar 1976, als dort die Außerordentliche Internationale Konferenz der Solidarität mit dem Kampf des Volkes von Angola stattfand. Vertreter zahlreicher Länder Afrikas, Asiens, Lateinamerikas und Europas füllten den Saal des Nationalmuseums. Viele Delegierte aus dem Ausland bewunderten die perfekte Organisation des Forums, die die Angolaner trotz der komplizierten Verhältnisse gewährleisten konnten. Ruhige Zuversicht kennzeichnete die Führer und die Werktätigen des Landes. Dabei führte die junge Volksarmee damals einen überaus harten Mehrfrontenkampf gegen die Truppen der proimperialistischen Marionettengruppierungen und der südafrikanischen Rassenisten. Das befreite Gebiet um Luanda hatte damals nur einige Dutzend Kilometer im Durchmesser. Die neuen örtlichen Machtorgane waren erst im Entstehen, die besten MPLA-Aktivisten waren an der Front.

Der Korrespondent der New York Times schrieb in jenen Tagen: „Die von Angola ausgehenden Stoßwellen breiten sich weiterhin auf dem ganzen Kontinent aus, und die Situation ist dort dermaßen verwickelt, daß niemand den Ausgang vorauszusagen wagt.“ Aber der Ausgang war bereits entschieden, als

das Volk Angolas seine Kräfte sammelte und die mächtige internationalistische Unterstützung seitens der UdSSR, Kubas, der anderen sozialistischen Länder und der Fortschrittskräfte Afrikas empfand.

Im April 1977, als ich wieder nach Angola kam, konnte ich sehen, was das Land in den anderthalb Jahren seiner Unabhängigkeit erreicht hatte. Die Einwohner der Hauptstadt wirkten geschäftig, ernst, und das war ein Ausdruck dafür, wie kompliziert die Aufgaben des Landes waren. In Luanda war eine angespannte Aufbauarbeit im Gange. Das alte Denkmal für die Kolonisatoren auf einem Platz im Zentrum wurde abgerissen, an seiner Stelle steht auf dem Sockel ein sowjetischer Schützenpanzerwagen als Sinnbild der internationalen Kampfsolidarität unserer Völker. Häuserruinen werden von Baukränen überragt. Die langen Schlangen nach Brot sind nicht mehr da. Die Hauptstadt bekommt nun Agrarerzeugnisse aus der Republik, wenn auch gelegentlich mit Stockungen.

Die Erbauer des Neubauviertels Golf in der Hauptstadt haben erhöhte Verpflichtungen übernommen. Sie wissen, wie wichtig es ist, das akute Wohnungsproblem rasch zu lösen, und wollen die Bauarbeiten bis zum 11. November — zum zwei-

ten Jahrestag der Unabhängigkeit — abschließen.

Dank den Bemühungen der Regierungspartei und der Arbeiterklasse wurden viele Industriebetriebe wieder in Gang gesetzt. Trotz der nicht abbreißenden Anschläge der Gegner des Volksregimes konnten die Bauern, von den Arbeitern unterstützt, 80 000 t Kaffee ernten. Auch das Zuckerrohraufkommen ist gut. Die Ernteeinsätze freiwilliger Jugendbrigaden waren den Bauern ebenfalls eine große Hilfe.

Die Nationalisierung der Banken, vieler Gesellschaften und Industrieunternehmen, die Währungsreform, der Erwerb des Kontrollaktienpakets der Diamond Co., die Schaffung neuer Industriezweige (z. B. der Fischerei) und die Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zu den befreundeten Staaten: All das legt das Fundament für die wirtschaftliche Selbständigkeit des neuen Angola. Aber wenn in dieser kurzen Zeit auch viel geleistet worden ist, sieht sich das Land noch nicht wenigen akuten Problemen gegenüber.

Vor kurzem setzte die Regierung eine Nationale Nahrungsmittelkommission ein. Sie hat die Aufgabe, die Effektivität der vorhandenen Handelseinrichtungen zu erhöhen, neue Läden und Märkte zu öffnen sowie den Bedarf zu forschen, damit eine störungsfreie Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln gesichert werden kann.

Die Unabhängigkeit hat die Menschen in Luanda verändert. Die gleichgültige Haltung aus den Kolonialzeiten ist weg, an ihre Stelle tritt nun die selbstlose Arbeit zum Wohl der Heimat. In den Betrieben entstehen Arbeiterkommissionen, die sich um die Erhöhung der Arbeitsproduktivität kümmern und Reserven für die Steigerung der Produktion ausfindig machen. Kennzeichnend ist auch die Liquidierung des Analphabetentums, die Aneignung politischer Grundkenntnisse. Praktisch alle lernen, und wer bereits lesen und schreiben gelernt hat, unterrichtet andere.

Die Erziehungs- und Aufklärungsarbeit hat u. a. den Zweck, die Entfremdung zwischen den verschiedenen Stämmen, die von den Kolonisatoren jahrhundertlang geschürt wurde, zu überwinden. In Angola weiß man: Der Zusammenschluß der Gesellschaft, der entschiedene Kampf gegen Fraktionsmacherei, Bürokratismus und Stämmehader, die Treue zur politischen Linie der MPLA und



bewußte Arbeit eines jeden sind das Unterpfand für den erfolgreichen Aufbau der neuen Gesellschaft.

Die Feinde Angolas stellen ihre Subversionen gegen die junge Republik nicht ein. Aus dem okkupierten Namibia schleusen die RSA-Rassisten Diversantengruppen in Angola ein und unterstützen die noch nicht zerschlagenen Spalterbanden, die die Einwohner des Landessüdens terrorisieren und versuchen, die Aufbaupläne der Republik, die sozialökonomischen Umgestaltungen zu torpedieren. Deshalb ist die internationalistische Unterstützung, die die Länder der sozialistischen Gemeinschaft Angola erweisen, besonders wichtig. In dem am 8. Oktober 1976 unterzeichneten Vertrag

Junge Angolaner in der Berufsschule Nr. 92 von Leningrad

Foto TASS

über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen den UdSSR und der VR Angola findet sie einen besonderen Ausdruck.

Seitdem half die UdSSR Angola, das Finanz- und Bankwesen zu reorganisieren und die Energetik zu entwickeln, u. a. einen Plan für die Elektrifizierung des Landes aufzustellen. In gemeinsamer Arbeit sowjetischer und angolanischer Fachleute wurde eine staatliche Erdölgesellschaft gegründet und eine geologische Landkarte angefertigt;

sie haben ferner Materialien und Empfehlungen für die wirtschaftliche Entwicklung vorbereitet. In der Fachschule für Industriearbeiter und in den Ausbildungszentren für technische Fachkräfte erhalten Berg- und Erdölarbeiter, Kfz-Fahrer und Mechaniker, Elektriker und Elektromechaniker, Mechanisatoren für die Landwirtschaft und Mechaniker für Fischereischiffe ihren Fachbrief.

Angolas technische Fachkräfte werden mit der Hilfe der UdSSR und der anderen RGW-Länder auch unmittelbar in der Produktion ausgebildet. Gegenwärtig sind in Angola zahlreiche sowjetische und kubanische Ärzte tätig. Die UdSSR hat Angola unentgeltlich medizinische Ausrüstungen, Medikamente und Spezialkraftfahrzeuge geliefert.

„Die sowjetisch-angolanische Zusammenarbeit entwickelt sich auf verschiedenen Gebieten gut“, sagte A. Neto während seines Moskauer Besuchs im September. „Das trifft auf die Zusammenarbeit zwischen unseren Parteien, auf die Beziehungen in Wirtschaft, Technik, Handel, Kultur usw... Die Freundschaft unserer Länder ist fest, und sie wird, dessen sind wir sicher, vie zum erfolgreichen Vormarsch unserer Revolution beitragen.“ Die Ergebnisse des Besuchs A. Netos bestätigen das.

RUSSISCH — EINE WELTSPRACHE

Vor 10 Jahren, im September 1967, beschlossen Russisten aus 17 Ländern in vier Kontinenten, Tausende Dozenten, Methodisten, Verleger und Organisatoren des Russischunterrichts zusammenzuschließen. Die Internationale Assoziation von Lehrern der russischen Sprache und Literatur IARSL wurde gebildet. Im Sommer 1976 fand bereits der dritte Weltkongreß der Lehrer der russischen Sprache und Literatur statt. In einer Grußbotschaft an seine Teilnehmer befeuerte Leonid Breshnew, daß Russisch als Verkehrssprache des millionenköpfigen multinationalen Sowjetvolkes eine immer größere Verbreitung in der Welt erfährt. In den letzten Jahren haben Studenten in 63 Ländern und

Schüler in 41 Staaten begonnen, Russisch zu lernen. Heute ist Russisch — die Sprache des großen Lenin, der ersten Dekrete der Sowjetmacht und der wichtigsten internationalen Dokumente der Gegenwart, die Sprache Tolstois, Gorkis, Pawlows, Timirjasews, Schaljapins und Sobinows — eine Weltsprache geworden. Russisch wird in 89 Ländern gelehrt.

Die IARSL vereint jetzt 80 000 Russisten aus 40 Ländern aller Kontinente. Neben den drei internationalen Kongressen hat die Assoziation in den letzten 10 Jahren 38 Konferenzen, Symposien, Seminare und regionale Treffen vom Russisten in Paris, Leningrad, Budapest, Wien, Hamburg, Zag-

reb, Helsinki und vielen anderen Städten abgehalten. Regelmäßig finden in Moskau internationale Russisch-Olympiaden für Schüler statt.

Von dem großen Ansehen der Assoziation zeugt auch, daß sie in der UNESCO Konsultativstatus erhielt. Der Verband trägt auch dazu bei, die Empfehlung der KSZE-Schlußakte zu verwirklichen, „das Studium fremder Sprachen und Zivilisationen als wichtiges Mittel zur Erweiterung der Kommunikation zwischen den Völkern für deren besseres Kennenlernen der Kultur eines jeden Landes sowie zur Stärkung der internationalen Zusammenarbeit zu fördern“.

J. DYLIUK

„NEUE ZEIT“

41-77

IM ALTEN TROTT

Sehr geehrter Genosse Chefredakteur!

Meine Arbeit bringt es mit sich, daß ich besonders viel französische Periodika lese. Vor kurzem entdeckte ich in *Le Monde* vom 25./26. September eine Notiz, die der eigentliche Grund meines Schreibens ist.

Die Rede ist darin von zwei Beiträgen in Ihrer Zeitschrift. Zum einen war da eine Zusammenfassung von Äußerungen Maurice Thorez' über die Oktoberrevolution unter dem Titel „Wir glaubten — und behielten recht“. Offenbar mißfällt dem Autor der Notiz sehr, was der große französische Kommunist über unsere Oktoberrevolution schrieb. Dieselbe Ausgabe des Blattes bringt unsinnige, ich würde sogar sagen, verleumderische Materialien über die UdSSR und unsere Freunde, die französischen Kommunisten (die übrigens genauso wie Maurice Thorez den Oktober hoch einschätzen — darüber sprach z. B. wiederholt Genosse Georges Marchais).

Ich schreibe natürlich nicht, um zu zeigen, wie *Le Monde* zum Roten Oktober und zu den Äußerungen Maurice Thorez' über die erste siegreiche sozialistische Revolution steht. Das ist ein bürgerliches Blatt, und damit ist alles gesagt. Allerdings hat es den Ruf, eine bestimmte Objektivität zu wahren. Diesmal aber hat es sich, wie ich glaube, nur in Verruf gebracht.

Erstens gibt der Autor der betreffenden Notiz den Inhalt des Artikels aus Ihrem Wochenblatt so wieder, daß der Leser eine völlig falsche Vorstellung von ihm bekommt. Will man dem *Monde*-Autor glauben, so seien Maurice Thorez und auch Ihre Zeitschrift dagegen, daß die Bruderparteien nach einem Weg zum Sozialismus suchen, der den nationalen Besonderheiten ihrer Länder entspreche. Wie dieser Eindruck erweckt wird, zeigt folgende Stilprobe: „Unter unvermeidlicher Berufung auf die unterschiedlichen Wege des Übergangs zum Sozialismus“ zieht der Artikel die Schlußfolgerung:..“

Doch wird jeder objektive Leser bemerken, daß der Artikel die unterschiedlichen Wege zum Sozialismus nicht bloß erwähnt oder sich darauf beruft, weil er sich darauf berufen muß, sondern klar und ein-

deutig behandelt. Auch Maurice Thorez wird zitiert: Unter den gegenwärtigen Verhältnissen „eröffnen sich neue Aussichten beim Übergang der kapitalistischen Länder zum Sozialismus auf verschiedenen Wegen, die den spezifischen Entwicklungsbedingungen jedes Volkes entsprechen“. Er betonte, daß die Erfahrungen und Lehren der Oktoberrevolution „unter Berücksichtigung der historischen Verhältnisse jedes Landes“ angewandt werden sollen.

Wie ist das Verhalten des Autors von *Le Monde* zu qualifizieren? Ich will nicht raten, worauf seine gelinde gesagt Ungenauigkeit zurückzuführen ist. Objektiv aber dient sie jenen reaktionären Rechtskräften, die Hader säen zwischen den Kommunisten der UdSSR und der westlichen Länder, darunter den Kommunisten Frankreichs, die sich viel darum bemühen, die wirksamste Strategie des Kampfes für den Sozialismus in ihrem Lande gemäß seinen nationalen Besonderheiten zu bestimmen.

Ein zweites Beispiel. Die Notiz enthält folgenden Passus: „Eine Woche früher hat dieselbe Ausgabe eine Kritik am Eurokommunismus veröffentlicht, die, wenn auch keine Partei genannt wurde, den französischen Kommunisten galt.“ (Gemeint ist J. Nilows Artikel „Was wollen die Antikommunisten diesmal?“ in Heft 38/77 Ihres Wochenblattes.)

Hier nun versteigt sich der Autor der Notiz dazu, die Wahrheit direkt, unverhohlen und gröblich zu entstellen.

In J. Nilows Artikel gibt es zwar eine Stelle, wo die Rede von den Bruderparteien ist. Was ist dort aber gesagt? Ich zitiere: „Laut einer Version z. B. bedeute der ‚Eurokommunismus‘ die Spezifik der strategischen und taktischen Zielsetzungen einiger kommunistischer Parteien der kapitalistischen Industrieländer als Folge der konkret historischen Bedingungen, unter denen sie für den Sozialismus kämpfen. Es gibt ernste Diskussionen darüber, ob dieser Begriff die komplizierte Dialektik allgemeiner, besonderer und individueller Komponenten, die zweifellos in der Politik einer jeden kommunistischen Partei enthalten sind, genau genug wiedergibt. Aber

im Prinzip streitet niemand von den Kommunisten ab, daß sich die Tätigkeit der kommunistischen Parteien in den kapitalistischen Industrieländern in gewisser Hinsicht vom Wirken der Kommunisten in den anderen Regionen unterscheidet.“

Sonst ist von den Bruderparteien selbst und von ihrer Politik nichts gesagt worden, und zwar deshalb nicht, weil der Artikel doch eine ganz andere Thema gilt, nämlich der Art und Weise, wie die imperialistische Bourgeoisie und ihre Propagandisten ihren Begriff des Eurokommunismus nutzen (ich betone: die bürgerlichen Propagandisten, denn die Kommunisten legen diesen Begriff, wie J. Nilow im angeführten Zitat mit Recht feststellt, sinngemäß ganz anders aus. Darüber sprach z. B. Genosse Berlinguer auf der Berliner Konferenz 1976 (siehe das Protokoll der Konferenz).

Demnach „galt“ besagter NZ-Artikel den bürgerlichen, imperialistischen Propagandisten und ihrer Tätigkeit, welche den kommunistischen Parteien, darunter natürlich auch der FKP, feindlich ist.

Zum Schluß seines Beitrags schreibt J. Nilow darüber, daß sich die imperialistischen Ideologen anstrengen, die Politik der KPdSU, ihren Kurs in der kommunistischen Bewegung im falschen Licht darzustellen. Die in Rede stehende *Monde*-Notiz (wie auch andere Materialien derselben Ausgabe, so der Artikel des Chefredakteurs A. Fontaine, betitelt „Die Hand Moskaus“ — ganz im Geiste der bürgerlichen Revolverpresse der 20er Jahre) veranschaulicht, auf welche Weise die Feinde aller Kommunisten der Welt, die Feinde ihrer Geschlossenheit und zugleich die Feinde des Sowjetstaates vorgehen, zu dem Frankreich übrigens traditionell freundschaftliche Beziehungen unterhält. Ihr Vorgehen ist einzig und allein als Unterstellung zu bezeichnen.

Das ist ja heute die Methode der westlichen Propaganda. Sie bleibt nicht dabei, Stellung zu nehmen zu den Ausführungen der sowjetischen Presse, vielmehr verfälscht sie diese zuerst, um dann gegen die eigene Fälschung zu polemisieren.

Entspricht das alles etwa dem Geist von Helsinki? Wir in der Sowjetunion glauben das nicht.

Dr. W. OSSENEW

Leningrad

BREITE ZUSAMMENARBEIT

Die sowjetisch-französische Zusammenarbeit ist einen weiteren Schritt vorangekommen. Die 12. Tagung der ständigen gemischten Kommission (28.—30. September, Moskau) zeigte deutlich, daß die in den Beziehungen zwischen beiden Ländern noch ungenutzten Möglichkeiten immer mehr realisiert werden.

Die Ergebnisse der Tagung sind vielschichtig. Die Kommission, die eine Bilanz der Zusammenarbeit in Wirtschaft, Industrie, Wissenschaft und Technik zog, kam zu dem Schluß, daß gegenüber der letzten Tagung ein merklicher Fortschritt erreicht worden ist. Die Effektivität der Zusammenarbeit hat insgesamt zugenommen. Das hängt mit

dem engeren Zusammenhang zwischen wissenschaftlich-technischer und industriell-wirtschaftlicher Zusammenarbeit, mit der Ausweitung ihres Bereiches zusammen.

1977 wurden zwei neue Abkommen über Zusammenarbeit in der Chemie und im Verkehrswesen unterzeichnet. Auf Kompensationsgrundlage wurde ein großer Kontrakt geschlossen, daß Frankreich sowjetisches Ammoniak gegen früher in Frankreich erworbene Ausrüstungen ankauft. Erfolgreich arbeiteten die Ausschüsse für Medizin, Umweltschutz und Landwirtschaft. Eine Ergänzung zum Zehnjahresprogramm für die Vertiefung der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit wurde angenommen. Im neuen Dokument ist insbeson-

dere die Rede von so perspektivischen Themen wie Astronomie, Seismologie und Biologie. Die Erfolge bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie wurden hervorgehoben. Vorschläge wurden unterbreitet, um die Kooperation auf die Verarbeitung von Kernbrennstoffen und auf Kernreaktoren zu Beheizzwecken auszuweiten.

Fortschritte bei der Raumforschung sind zu verzeichnen: 1977 wurde mit einer sowjetischen Trägerrakete der französische Satellit Signe 3 auf eine Umlaufbahn gebracht, um Erkenntnisse in einem der aktuellsten Bereiche der Astronomie, der Gamma-Astronomie, zu gewinnen. Eine Reihe gemeinsamer Experimente wurde von den sowjetischen Satelliten Prognos 5 und Prognos 6 und vom biologischen Forschungssatelliten Kosmos 936 durchgeführt.

Die jährliche Zuwachsrates des Handels betrug in den Jahren 1975/76 über 30%. Die Kommission kam zu dem Schluß, daß — da eine Verdoppelung des Warenaustausches im Zeitraum 1975—1979 offensichtlich erreicht wer-

INTERVIEW

RAYMOND BARRE: ZUM BEIDERSEITIGEN NUTZEN

Bei seinem Moskauer Aufenthalt gab der französische Premierminister dem NZ-Korrespondenten A. Ignatow ein Interview.

Das sowjetisch-französische Gipfeltreffen in Rambouillet vom Juni gab den Beziehungen zwischen beiden Ländern einen neuen Impuls. Was denken Sie über seine Bedeutung?

Zuerst möchte ich daran erinnern, daß das Treffen zwischen Präsident Valéry Giscard d'Estaing und dem Präsidentschaftsvorsitzenden Leonid Breschnew vom 20. bis 22. Juni d. J. in Rambouillet der Höhepunkt einer ganzen Reihe politischer Kontakte zwischen der französischen und der sowjetischen Führung auf hoher Ebene war: Zuvor fand ein offizieller Besuch des französischen Außenministers de Guiringaud in Moskau statt, einige Monate später mein Besuch in der sowjetischen Hauptstadt sowie das Arbeitstreffen des sowjetischen und des französischen Außenministers vom 28. September in New York.

Wie Sie es in Ihrer Frage formulieren, ermöglichte das Gipfeltreffen von Rambouillet, den französisch-sowjetischen Beziehungen in allen Bereichen einen neuen Impuls zu geben. So im politischen Bereich, wo Giscard d'Estaing und

Breschnew bei einem ausführlichen Meinungsaustausch über die internationale Lage ihr Streben bekundeten, den Dialog zwischen beiden Ländern, auch auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet fortzuführen und zu vertiefen.

Wie schätzen Sie die Bedeutung gemeinsamer Positionen der Sowjetunion und Frankreichs in so wichtigen Fragen wie die Entspannung und die Nichtweitergabe der Kernwaffen ein?

Offensichtlich denken Sie insbesondere an die beiden wichtigen Dokumente, die am 22. Juni in Rambouillet unterzeichnet wurden: erstens die sowjetisch-französische Deklaration über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen. Darin wird das gemeinsame Streben unserer beiden Länder unterstrichen, eine immer weitere Verbreitung von Kernwaffen zu verhindern, und die Notwendigkeit anerkannt, daß immer mehr Staaten Zugang zur friedlichen Nutzung der Kernenergie erhalten, die für sie zu einem wichtigen Faktor der wirtschaftlichen Entwicklung

wird. Es geht hier um hochwichtige Probleme — ebendeshalb stimmten Frankreich und die Sowjetunion wiederholt und auf verschiedenen Foren ihre Positionen ab. Frankreich mißt einer weiteren Abstimmung der diesbezüglichen Meinungen große Bedeutung bei.

Das zweite Dokument ist die gemeinsame Erklärung der Sowjetunion und Frankreichs über die Entspannung. In ihm wird das Einvernehmen beider Länder bekundet, die die Gemeinsamkeit aller Staaten angesichts der heutigen Gefahren betonen, die Notwendigkeit, die KSZE-Schlußakte zu einer konkreten Realität zu machen, die Dringlichkeit entscheidender Abrüstungsmaßnahmen, Abkehr von der Blockpolitik, der allgemeinen Charakter der Entspannung und die Bedeutung, die die Respektierung der Menschenrechte für eine Verbesserung der zwischenstaatlichen Beziehungen erlangt. Durch die Annahme einer solchen Erklärung, die in den West-Ost-Beziehungen einmalig war, wird unsere gemeinsame Rolle für die Entspannung unterstrichen.

Welche Maßnahmen visiert Frankreich an, um ein so kompliziertes und akutes Problem wie die Einstellung des Waffrenstans zu lösen? Gibt es in diesem Bereich keine größeren Möglichkeiten für ein Zusammenwirken der UdSSR und Frankreichs?

Wie die Sowjetunion bemüht sich Frankreich, das Waffrenstans zu beenden und einen Prozeß rückgängig zu machen, der unausweichlich die größten Gefahren heraufbeschwört. Frankreich möchte seinen Beitrag zu den gemein-

den wird — gute Perspektiven für seine Verdreifachung Ende 1979 bestehen.

Alexej Kossygin sprach bei einem Essen, das die Sowjetregierung für den Premierminister, den Wirtschafts- und Finanzminister Frankreichs, Raymond Barre (den Kovorsitzenden der 12. Kommissionstagung), gab, davon, was noch zu tun ist und was wir in Zukunft erreichen wollen. Er appellierte, die Anstrengungen darauf zu richten, neue Formen der Zusammenarbeit zu suchen. Im Handel geht es z. B. darum, zu einer ausgeglicheneren Bilanz zu kommen und seine Struktur zu verbessern.

Die UdSSR und Frankreich haben bekanntlich vereinbart, ein langfristiges Kooperationsprogramm bis 1990 aufzustellen. Jetzt einigte man sich darauf, in nächster Zeit Meinungen über die Hauptrichtungen und Thesen dieses Programms auszutauschen.

Eine Besonderheit der jetzigen Tagung war, daß sie ihre Hauptaufmerksamkeit auf die Verwirklichung der wichtigen Vereinbarungen und Abkommen richtete, die im Ergebnis des

offiziellen Frankreich-Besuchs des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, des Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, Leonid Bresniew, und seiner Gespräche mit dem Präsidenten der Französischen Republik, Valéry Giscard d'Estaing, im Juni 1977 erreicht wurden. Die Gipfeltreffen geben nicht nur den Beziehungen zwischen beiden Ländern die prinzipielle Richtung, sondern bestimmen auch die konkreten Umrisse dieser Beziehungen, ihre Perspektive. Das Junitreffen von Rambouillet war so sehr gehaltvoll, und jetzt wirken viele Fachleute und Organisationen bei der Realisierung seiner Ergebnisse mit.

Die Arbeitsergebnisse der Kommission brachten auch den allgemeinen Charakter der sowjetisch-französischen Beziehungen zum Ausdruck — die Zusammenarbeit, ein aktiver Entspannungsfaktor, eines jener wichtigen Elemente, die auf die weltpolitische Lage stabilisierend wirken.

Raymond Barre wurde von Leonid Bresniew empfangen und hatte Gespräche mit Alexej Kossygin. Ein weiterer

Kreis von Problemen wurde erörtert, die unmittelbar auf die Festigung der Entspannung, eine größere Sicherheit in Europa und auf die Aktivierung der allseitig nützlichen Zusammenarbeit gerichtet sind.

In den Moskauer Gesprächen wurde die Überzeugung bekundet, daß die sowjetischen und die französischen Vertreter beim Belgrader Treffen ebenso erfolgreich wie in Helsinki für die Entspannung wirken werden. Die gesamte Arbeit der Kommission wie die Gespräche, die über ihre eigentlichen Kompetenzen hinausgingen, verliefen in voller Übereinstimmung mit der KSZE-Schlussakte.

Die drei letzten Septembertage haben erneut gezeigt, daß die Sowjetunion und Frankreich nicht wenige gemeinsame Interessen und Positionen haben — bei der Vertiefung der bilateralen Zusammenarbeit wie bei der Suche nach Lösungen der wichtigsten internationalen Probleme. Es geht um weitere Fortschritte und eine breitere Zusammenarbeit.

W. LARIN

samen Bemühungen der Weltgemeinschaft leisten. Hierbei kann natürlich nichts ohne die Mitwirkung der UdSSR, Frankreichs und der anderen Großmächte erreicht werden.

In diesem Zusammenhang erwartet Frankreich viel von der Sondertagung der UNO-Vollversammlung. Wir werden aktiv an ihrer Arbeit teilnehmen und bestimmte konkrete Abrüstungsvorschläge zur Erörterung vorlegen. Unserer Meinung nach soll die Abrüstung real, d. h. zu einer wirksamen Reduzierung des qualitativen und quantitativen Rüstungsstandes führen sowie konsequent, allgemein und vollständig sein, ohne Diskriminierung und wirksam kontrolliert.

Welche Bedeutung mißt man heute in Paris dem Kurs des Einvernehmens bei, den unsere Länder seit Mitte der 60er Jahre verfolgen!

Die Antwort auf Ihre Frage ist nicht schwer — seit General de Gaulle der Entwicklung unserer Beziehungen starke Impulse gab, ist die Bedeutung der Zusammenarbeit beider Länder nicht geringer geworden. Unserer Meinung nach kommt eine solche Zusammenarbeit, deren Erfolge unbestreitbar sind, beiden Ländern zugute und ermöglicht es zugleich unseren Völkern, einander besser kennenzulernen. Ich möchte hinzufügen, daß sich der Präsident der Republik, Giscard d'Estaing, für die Fragen der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion interessiert. Er ist mit dieser Problematik gut vertraut, da Giscard d'Estaing — als er bis 1974 Wirtschafts-

und Finanzminister war — die Große sowjetisch-französische Kommission leitete. Insgesamt entspricht die Bedeutung, die wir der Zusammenarbeit mit der UdSSR beimessen, voll und ganz jenen sehr positiven Worten, die Leonid Bresniew in seinem Bericht an den XXV. Parteitag diesbezüglich sagte.

Monsieur Barre, wie schätzen Sie die Entwicklung der bilateralen Beziehungen in Wirtschaft, Handel und Kultur sowie ihre Perspektiven ein! Sind Sie mit den Ergebnissen der jetzigen Tagung zufrieden!

Zu den französisch-sowjetischen Beziehungen würde ich sagen, daß sie sich kontinuierlich weiterentwickeln, daß jedes Abkommen den Abschluß einer weiteren Vereinbarung fördert. Es handelt sich also um einen konsequenten, ununterbrochenen Prozeß, der Mitte der 60er Jahre begonnen hat — und das ist für uns sehr positiv.

Unsere Zusammenarbeit ist wirklich vielfältiger geworden, und die erzielten Ergebnisse sind bedeutend, meine ich. Doch wir können und müssen noch enger zusammenarbeiten, dafür besteht ja gerade die Große Kommission. Ich meine, wir können mit der jetzigen Tagung zufrieden sein, auf der wie bei allen vorhergehenden Tagungen neue Fortschritte gemacht wurden. Neue Bereiche für unsere wissenschaftliche Zusammenarbeit wurden bestimmt. Das Ziel einer Verdreifachung des Warenaustausches in fünf Jahren, das von dem Treffen in Rambouillet gesetzt wurde, scheint uns jetzt durchaus realisierbar.

Wichtige Projekte zur Erweiterung und Intensivierung der technisch-industriellen Zusammenarbeit wurden erörtert.

Deshalb sehe ich optimistisch die Fortführung und Vertiefung der breiten Zusammenarbeit, die den Interessen beider Länder entspricht.

Herr Premierminister, halten Sie nicht neben der Entwicklung der bilateralen Beziehungen die Herstellung engerer Kontakte zwischen dem RGW und der EWG für nützlich! Wie ist die Haltung Frankreichs zu einer möglichen Zusammenarbeit dieser beiden Organisationen!

Frankreich steht der Anknüpfung von Beziehungen zwischen der EWG und dem RGW positiv gegenüber. Zweifelslos sind die Ziele dieser Organisationen, ihre Struktur und ihre Handlungsweise sehr unterschiedlich, was bei der Formierung der Beziehungen, die zwischen ihnen hergestellt werden können, berücksichtigt werden muß. Unsererseits sind wir davon überzeugt, daß es hierbei zu einem nützlichen Austausch kommen kann, insbesondere in Bereichen wie wirtschaftliche Information, Standardisierung und Umweltschutz. Wir hoffen, daß die begonnenen Verhandlungen einen erfolgreichen Abschluß finden werden.

Ein derartiger Austausch, der die Spezifität berücksichtigt, mit der die europäischen Länder in Ost und West ihre Zusammenarbeit gestalten, kann die direkten Beziehungen zwischen den Staaten, die diesen Organisationen angehören, erfolgreich ergänzen.

EINER VON VIELEN

Von unserem ständigen Berichterstatter
Juri GUDKOW

Die Skandalstory des Thomas Bertram Lance, des abgehalfterten Haushaltsdirektors, ist zu Ende. Zumindest ist sie aus den Schlagzeilen der Zeitungen, der TV-Nachrichten und der zahllosen Kommentare in den Wochenblättern verschwunden und im Justiz- und Finanzministerium gelandet. Doch ihre Folgen werden offensichtlich noch von sich reden machen. „Allmählich sind Lances Probleme zu Problemen Carters geworden“, schreibt *Newsweek*. „Die erste ernste Krise, mit der der Präsident konfrontiert wurde, traf die empfindlichste Stelle — die sorgfältig aufgebaute Reputation von Ehrlichkeit und Integrität.“

Es ist kein Geheimnis, daß der Abstand zu den Washingtoner Berufspolitikern und folglich zu Watergate für die Wähler der Hauptvorzug von Carters Mannschaft war. Der demokratische Präsidentschaftskandidat und seine Wahlhelfer stellten das Versprechen, mit den dunklen Machenschaften, der Korruption und den ungesetzlichen Methoden im politischen Kampf Schluß zu machen, in den Mittelpunkt ihrer Kampagne. Das brachte Erfolg. Und die „moralische Integrität“ galt bislang als wichtigstes politisches Plus der demokratischen Administration, da es ihr nach dem Regierungsantritt im Januar d. J. nicht gelungen ist, wichtige positive Maßnahmen in der Innen- wie in der Außenpolitik in Angriff zu nehmen.

Die Beschuldigungen gegen Lance haben zweifelsohne Gewicht. Die erste betrifft die „liberale“ Finanzpolitik, die die von Lance geleitete National Bank of Georgia vor seinem Regierungsbeitritt verfolgte. Die Bank erlaubte ihren Kunden, das Konto in unverantwortlicher Weise zu überziehen, und gab ihnen ungedeckte Schecks — und das riß vor allem bei Direktoren, Managern und Angestellten der Bank sowie bei deren Angehörigen ein. Wie es im Rechenschaftsbericht des Revisors heißt, machte Lance weitgehend von solchen Machenschaften Gebrauch, besonders 1974, als er (erfolglos)

Gouverneur werden wollte. Einmal überzog er sein Konto mit über 150 000 Dollar. Da solche Kredite zinslos gewährt wurden, kann man in ihnen u. a. auch einen Beitrag der Bank zu seiner politischen Kampagne sehen. Erwiesenermaßen befaßten sich Lance und seine Frau mit derartigen Praktiken auch noch, nachdem der Revisor auf deren ungesetzlichen Charakter hingewiesen hatte. Mindestens zweimal überzog Lance seine Konten bereits als Haushaltsdirektor.

Doch das war noch nicht alles: Ein 50-Zimmer-Haus in Atlanta (jetzt zum Verkauf angeboten für eine Million Dollar), eine Villa im Grünen, ein Landsitz und überhaupt sein großspuriges Leben kosteten Geld. Eine weitere Quelle waren Banken, mit denen die National Bank of Georgia in Geschäftsverbindung stand. Sie gewährten Lance Kredite gegen zinslose Einzahlungen von Konten seiner Bank. Hierin ist nichts Gesetzwidriges, doch, wie der Revisor feststellte, werfen derartige Operationen die Frage auf, was als normale Bankpraxis zu gelten hat.

Schließlich gehört zu den Hauptbeschuldigungen, daß Lance Flugzeuge, die der Bank gehörten oder von ihr gemietet wurden, zu persönlichen oder politischen Zwecken nutzte. All das wurde dokumentarisch festgehalten, und Lance stritt die Tatsachen nicht ab, wobei er sich darauf berief, daß er mit Wissen des Bankkontrolleurs so handelte. Juristisch gesehen liegt ein Delikt vor: Die kostenlose Nutzung nicht für Dienstzwecke bedeutet Vorteile, die in der jährlichen Steuererklärung verschwiegen wurden, sowie eine indirekte Förderung politischer Ziele.

Lances Rücktritt ist eigentlich das Eingeständnis, daß eine derartige Praxis mit den Ansprüchen auf ein hohes Regierungsamt unvereinbar ist. Zugleich sei gesagt, daß es Lance bei der Anhörung in dem Senatsausschuß vermochte, eine ganze Reihe von Anschuldigungen zu entkräften und zu beweisen, daß er sich nicht

in die eigene Tasche wirtschaftete oder seine Handlungen zu vertuschen suchte. Gegen Ende der Tagung waren die Anwürfe vor allem moralischer und ethischer Natur. Wie ein Senator sagte, wurde Lance „pauschal“ angeschuldigt, nicht aber wegen konkreter Verletzungen. Die *Washington Post* summierte wie folgt: „Während viele Senatoren bei ihren Zweifeln bleiben, ob Lance sich irgendwelcher Straftaten schuldig gemacht hat, stimmten alle darin überein, daß er nicht gerettet werden kann. Lance wurde durch die zusammengetragenen Verdächtigungen fertiggemacht, er habe falsch gehandelt, ohne Andeutung einer gerichtlichen Untersuchung.“

In den Zeitungen kann man nicht wenig Eingeständnisse finden, daß sich der Bankier Lance an die übliche Praxis hielt.

Ebenso sei auch die Finanzierung politischer Kampagnen durch die Banken nichts Besonderes; sie steckten schon längst tief in diesem Geschäft, schrieb die *New York Times*.

Offensichtlich war an Lances Verhalten nichts Besonderes und selbstredend nichts strafrechtlich Erfassbares weder für die Assistenten des Präsidenten noch für den Präsidenten selbst. Lance informierte vor seiner Ernennung Carter über die Untersuchung der Geschäftspraktiken seiner Bank. Wie sich jetzt herausstellt, wurde die Untersuchung unter Druck von oben gebremst und das von Lance dargestellte Bild war unvollständig. „Wenn vorher verstanden worden wäre, daß er eine solche Untersuchung über sich ergehen lassen müsse“, schrieb der bekannte Kommentator Tom Wicker, „dann hätte Carter Lance nicht ernannt noch hätte dieser die Ernennung angenommen.“

Doch man braucht nur einmal in älteren Zeitungen nachzuschauen, um festzustellen, daß die erste Information über Lances Verstöße gegen Bankregeln bereits am 8. Januar erschien. Die *Washington Post* schrieb, daß das Justizministerium eine Untersuchung über eventuelle Gesetzesverletzungen im Wahlkampf 1974 um das Amt des Gouverneurs von Georgia eingeleitet hat: „Im Mittelpunkt dieses Falls steht, daß Konten in Lances Bank in Calhoun, Staat Georgia, überzogen wurden.“

Überdies schrieb die *New York Times* am 11. Januar, zwei Tage bevor Lance zum gleichen Senatsaus-

schoß für die Bestätigung seiner Ernennung geladen wurde, daß die Untersuchung „plötzlich“ und „unerwartet“ eingestellt wurde. Die Zeitung legte ausführlich die ungesetzlichen Praktiken der Bank dar, einschließlich aller heute bekannten Einzelheiten. So verfügte die Presse und Senatsausschuß über die notwendigen Angaben zur Untersuchung des Falls. Doch der gleiche Ausschuss, der sich drei Tage lang vor den Augen des Fernsehpublikums mit der Untersuchung der Bankoperationen in Georgia befaßte, bestätigte Lances Kandidatur. Der Senat war gleichfalls dafür — es gab nur eine Gegenstimme.

Warum?

Im Mai erschien in der Zeitschrift *Time* ein weiterer Artikel über Lances Finanzprobleme — doch eine (selbst zwei) Schwalbe macht noch keinen Sommer. Die Zeitschrift *Time* zog folgendermaßen eine Bilanz des Auftaktes zu den jetzigen stürmischen Ereignissen: „Die Lance-Geschichte vom Winter, die die Sensation des Sommers wurde — das war das Ereignis. Die Ironie liegt darin, daß das Enthüllungsmaterial über Lance bereits seit langem vorlag — seit den ersten Zeitungsmeldungen.“

Wodurch läßt sich eine derartige Gleichgültigkeit und das sechsmonatige Schweigen erklären? Nichts — weder Sensationshunger, den die amerikanische Presse so oft empfindet, noch die „Treue der Volksvertreter zu den demokratischen Prinzipien“ im Senat — hat sie aktiv werden lassen, nicht einmal die bloße Neugierde des einen oder anderen erweckt.

Unter den vielen Artikeln, die sich mit Bert Lance befassen, finden sich keine Antworten auf diese Fragen. Hier verläuft eine Tabugrenze.

Unterdessen ist eines bemerkenswert. Wie gesagt, kam die Welle „entlarvender“ Artikel, die die Richtigkeit früherer Publikationen bekräftigten, erst im Juli ins Rollen. Und das geschah so. Das Nachrichtenmagazin *Newsweek* brachte einen Artikel über Lance, der sich in nichts von den vorhergehenden unterschied. Doch er fand eine unerwartete Fortsetzung: Am nächsten Tag bat Präsident Carter den Senatsausschuß, Lance von seinem Versprechen zu entbinden, seine Aktien in der Bank zum Jahresende zu verkaufen, da das große materielle Verluste für ihn bedeuten

würde. Das Erscheinen von Carters Namen neben dem von Lance war das Signal für den Beginn der ganzen Kampagne. „Der Fall Lance“, schrieb die *Washington Post*, „ist nicht dadurch wichtig, was er über die Bankgeschäfte in Georgia, sondern dadurch, was er über den Farmer aus Georgia berichtet, der jetzt Präsident ist.“

Die Tatsachen zeigen, daß die Bedeutung der Lance-Affäre vor allem darin liegt, daß sie die Positionen des Präsidenten geschwächt hat. Für wen ist das von Vorteil?

Offensichtlich sind vor allem die Republikaner die Nutznießer, die zu allem bereit sind, damit der neue Skandal Watergate aus dem Bewußtsein der Wähler verdrängt. Es gibt in den USA auch Gruppen, die, durch gemeinsame Interessen verbunden, ihre Privilegien und Profite angesichts der sich ständig verschlechternden Wirtschaftslage der USA bewahren wollen — z. B. die Öl- und Gasgesellschaften sowie die Autogiganten. Offenbar ist man dort

an einer Schwächung der Positionen der Administration interessiert, um auf sie Druck auszuüben und die eigenen Ziele zu erreichen.

Amerika macht schwere Tage durch: die Verlangsamung der wirtschaftlichen Aktivität, das katastrophale Anwachsen der Arbeitslosigkeit und die hohen Inflationsraten. Doch wenn man der Presse Glauben schenken würde, müßte man die Affäre Lance, die Story mit dem Mörder Son of Sam und den Tod von Elvis Presley für die wichtigsten Ereignisse halten...

Die Sensationen lenken ab und lassen einen zumindest für gewisse Zeit die akutesten Probleme vergessen. „Die Entlarvung von Bert Lance“, unterstreicht die *Washington Post*, „war notwendig, doch sie wird bei der Lösung einer wichtigeren Aufgabe nicht helfen, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die ersten gesellschaftlichen und politischen Probleme zu lenken, mit denen das Land konfrontiert ist.“

New York, am 3. Oktober

NAMIBISCHE MASKEN

Fast die ganze zweite Septemberhälfte fand in Pretoria hinter verschlossenen Türen eine weitere Verhandlungsrunde der Vertreter von fünf westlichen Ländern — USA, Großbritannien, BRD, Frankreich und Kanada — mit dem RSA-Außenminister Botha und Premierminister Vorster über die Zukunft des von den Rassisten völkerrechtswidrig besetzten Namibia statt. Die Verhandlungsteilnehmer hatten sich das Ziel gesetzt, das Namibiaproblem hinter dem Rücken des Volkes dieses Landes und in Umgehung von Beschlüssen der UNO und der OAU „beizulegen“.

Wie die Johannesburgener Zeitung *Rand Daily Mail* schrieb, erklärte die RSA-Regierung ihren westlichen Partnern, sie werde unter keinen Umständen einem Abzug ihrer Truppen aus Namibia vor dortigen „freien Wahlen“ zustimmen. Die Rassistenführer verlangten, daß der Westen offen ihren Plan für eine „konstitutionelle Regelung“ unterstützt, der „Wahlen“ unter Kontrolle Pretorias und die Bildung einer „Regierung“ in Namibia vorsieht. Natürlich würde das dazu führen, daß die Macht an verkäufliche Stammeshäuptlinge und an Vertreter der weißen Minderheit überginge.

Nach Meldungen von Nachrichtenagenturen haben die Westmächte eigentlich nichts dagegen, daß die RSA weiterhin Truppen in Namibia stationiert, doch wollen sie — um den „Anstand zu wahren“ — diese Erscheinungsform des Kolonialismus irgendwie tarnen. Deshalb legten, wie Reuter meldete, westliche Diplomaten der RSA den „Kompromiß“ vor, ihre Besatzungstruppen einem UNO-Kommando zu unterstellen.

Die Patrioten Namibias wollen sich nicht auf ein derartiges Maskenfest einlassen. Die Volksorganisation Südwestafrikas (SWAPO) werde nicht von ihrer Forderung abgehen, die 50 000 Mann starke RSA-Besatzungstruppe unverzüglich aus Namibia abzuziehen und dort allgemeine Wahlen unter UNO-Kontrolle abzuhalten, erklärte ihr Präsident Sam Nujoma.

Die Festigkeit der Position der SWAPO wurde auf dem Plenum ihres ZK Ende September demonstriert. Im Schlußkommuniqué des ZK der SWAPO wird unterstrichen, daß der Kampf um Freiheit und Unabhängigkeit Namibias in seine entscheidende Phase getreten ist.

S. PETUCHOW

Arbeitslose zur Autobahn!

Der CSU-Bundestagsabgeordnete Otto Regenspürger schlug eine Methode vor, um das Problem der Arbeitslosigkeit in der BRD anzupacken. Nach diesem Projekt, das er Bundesverkehrsminister Kurt Gscheidle vorlegte, sollen an allen bundesdeutschen Autobahnen Bedürfnisanstalten entstehen, wo die Arbeitslosen als Bauleute und „Toilettenfrauen“ eingesetzt werden sollen. Es bleibt nur unklar, ob alle Arbeitslosen. Wenn ja, dann werden die vielen neuen Häuschen die Landschaft ziemlich verunziern.

Um die Erde in 80 Tagen



Wie Phileas Fogg unternahm der französische Journalist Claude Mosse auf eine Wette hin eine Reise um die Welt in 80 Tagen — aber ohne Flugzeuge. Obgleich in den fast 100 Jahren der See- und der Landverkehr große Fortschritte gemacht haben, überbot Mosse Fogg um nur 5 Stunden. In Tokio stellte sich z. B. heraus, daß das Linienschiff nach San Francisco 21 Tage Verspätung hat, und der Reisende mußte einen Frachter benutzen. In den USA wurden ihm Geld und Paß gestohlen, der Zug nach

New York hatte eine Panne, und Mosse erreichte sein Schiff nicht.

Erfolg garantiert



Eine Firma aus der englischen Stadt Lewes macht Werbung für ein Tischtuch, auf dem Felder für Schach und sieben weitere Gesellschaftsspiele abgebildet sind. Das **Observer Magazine** hofft, daß die Neuheit die Kinder an langen Winterabenden vom „TV-Sadismus“ fernhalten wird. Da offensichtlich viele Eltern über die Horrorwelle im britischen Fernsehen beunruhigt sind, ist der Neuheit der Erfolg garantiert.

Rassistenführer als Schützenkönig

An den internationalen Wettbewerben im Pistolenschießen von Salisbury beteiligte sich höchstpersönlich Rassistenführer Jan Smith. Von fünf Schüssen gingen vier daneben — ein schöner Schützenkönig! Man sagt, für Smith sei das gar kein schlechtes Ergebnis. Bei seinen Regierungsgeschäften habe er noch häufiger daneben.

Früchtchen im Gemüsegeschäft

Solange Frankreich erfolglos die Auslieferung des israelischen Parlamentsabgeordneten Flatto-Sharon

verlangt, der kurz vor Annahme der israelischen Staatsangehörigkeit durch Betrugereien zu 200 Mio Franc kam, beschloß der Betrüger, es einmal in der Landwirtschaft zu versuchen. Er ließ verlauten, er wolle groß ins Gemüsegeschäft einsteigen. Für ihre weiteren geschäftlichen Aktivitäten wählten Flatto-Sharon und Co. das ferne Lateinamerika. Offensichtlich rechnet er damit, auch bei neuen Machenschaften stets Zuflucht in Israel zu finden.

Falscher Prophet



Ein falscher „Messias“, der sich vor einiger Zeit in Kalifornien „offenbarte“, seine Allerheiligkeit Jim Jones, ließ sich bei jeder Gelegenheit über seine Gaben aus. Er sei von den Toten auferstanden und könne andere zum Leben erwecken, und es sei für ihn ein leichtes, von allen Krankheiten zu heilen. Der „Messias“ konnte recht viele Jünger um sich sammeln. Sie alle mußten eine besondere „Purgatio“ über sich ergehen lassen, bei der sie nach harter Kritik anständig verprügelt wurden. Doch auf einmal behauptete der „Messias“, er habe eine „Vision“ gehabt, und verschwand — wie es heißt, in den Dschungel eines lateinamerikanischen Landes. Ihm folgten an die tausend seiner Jünger. Zugleich waren auch die vielen Millionen futsch, die der „Prophet“, der so gern Altruismus predigte, vor-

sorglich aus seinen Anhängern herausgeprügelt hatte.

Schlachtenbummler oder Verrückte



Nicht selten kommt es zu Prügeleien unter Schlachtenbummlern und zu großen Unruhen bei britischen Fußball- und Rugbyspielen. So erlitt bei einem Rugbyspiel in Leeds ein Ordnungshüter ernste Verletzungen, ein Polizeiauto wurde umgekippt. Bullen, die die Hoffnung aufgegeben haben, daß sich die Besucher anständig aufführen, verlangen Schilde und Schutzhelme.

Selbstversorgung

Viele Geschäftsleute, die eine Bilanz der letzten Touristensaison an der französischen Mittelmeerküste ziehen, beklagen sich über mangelnde Einnahmen, womit sie nicht gerechnet hatten — obgleich die Zahl der Touristen zugenommen hat und die Preise für viele Waren und Dienstleistungen gestiegen sind. So zogen z. B. die Lebensmittelpreise gegenüber dem letzten Jahr um 50 Prozent an. Doch gerade die steigenden Preise kamen als Bumerang auf die Touristennutzer zurück. Die Urlauber nahmen nur Quartier, alles andere brachten sie selbst mit, nur die Betten nicht.

Zeichnungen
I. Smirnov

WIR WÜRDEN UNS FREUEN, SIE AN BORD UNSERES SCHIFFES ZU BEGRÜßEN!

Zwei Wochen unvergeßlicher Eindrücke erwarten Sie, wenn Sie eine Seereise an Bord eines Fahrgastschiffes der SCHWARZMEER-REEDEREI unternehmen.

Die komfortablen sowjetischen Liner „UKRAINA“, „ADSHARIJA“, „BASCHKIRIJA“, „ARMENIJA“, „LATWIJA“, „LITWA“, „BELORUSSIJA“ befahren die internationalen Fahrgastrouten

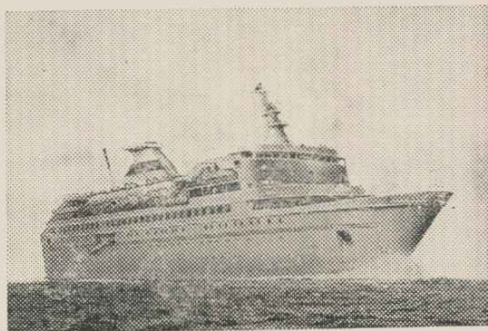
ODESSA — BEIRUT — ODESSA,

ODESSA — VENEDIG — JALTA — ODESSA,

ODESSA — MARSEILLE — JALTA — ODESSA

Die „KOOPERAZIJA“ verkehrt auf der Fracht- und Fahrgastlinie
ODESSA—BEIRUT—ALEXANDRIA—ODESSA.

Die Fahrt auf einem sowjetischen Schiff bedeutet traditionelle sowjetische Gastfreundschaft, bietet Ihnen viele Abwechslungen und die multinationale Küche des Landes.



Nehmen Sie unser Angebot an — und Sie werden es nicht bereuen. Alle Informationen erhalten Sie bei der

**SCHWARZMEER-REEDEREI:
UdSSR, 270601, ODESSA,
pl. Potjomkinzew 1,
MORAGENTSTWO**

Telegramm:
ODESSA MORFLOT
Telex: **447 MORAGENTSTWO**
ODS



oder bei V/O MORPASFLOT:
UdSSR, 113114, Moskau,
ul. Koschewnitscheskaja, 19
Telegramm:
Moskau MORPASFLOT
Telex: **7134**





14159-41 105 147 652
SEKT: MARX, LENIN
2200-2303 DOM-20

DRUSHBA—FREUNDSCHAFT

Vom 27. bis 29. September fand in Moskau ein internationales Treffen von Vertretern ausländischer Freundschaftsgesellschaften statt, das dem 60. Jahrestag der Oktoberrevolution gewidmet war.

Unter den Leitern und Aktivisten der Freundschaftsverbände, die aus mehr als 90 Staaten kamen, waren bedeutende Persönlichkeiten des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens,

Arbeiter, Wissenschaftler, Schriftsteller, Künstler, Vertreter von Jugend-, und Frauenorganisationen, Menschen verschiedener Alters, vieler Religionen und Rassen.

Unsere Bilder: Im Zentralhaus der Filmgesellschaften

◆ Der Kandidat des Politbüros des ZK der KPdSU und Sekretär des ZK der KPdSU, Boris Ponomarew, verliest eine Grußbotschaft Leonid Breschnews an die Teilnehmer des Forums. Im Tagungssaal ◆ Vertreter der Öffentlichkeit Ugandas und Nordirlands ◆ Ein Gast aus der Mongolei bei sowjetischen Freunden.

Fotos W. Kruglikov



NEUE ZEIT

Индекс 70624

НА НЕМЕЦКОМ ЯЗЫКЕ

„Aeroflot“ bringt die „Neue Zeit“ prompt in jedes Land

АЭРОФЛОТ

Возврат от